

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Hilbert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlhahn 2, Fernsprecher 661.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Gesamt- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechsgehaltene Zeitzeile 15 Pf. Post-Zeitungsgebühr Seite 664.

Nr. 93.

Magdeburg, Donnerstag den 21. April 1904.

15. Jahrgang.

Das Ergebnis von Bologna.

Der Kongress von Bologna hatte zwei Hauptaufgaben zu erfüllen: sich über die Frage der sozialistischen Taktik klar und deutlich auszusprechen und somit die Partei vor dem schweren Uebel einer schon mehrere Jahre dauernden Gärung und Unklarheit zu befreien, sowie ihr jene Einheit und die mit einer solchen untrennbare Disziplin zu wahren, welche zu einer kräftigen Aktion notwendig ist, wie für den Fisch das Wasser.

Jeder, der den Berichten über die Verhandlungen gefolgt ist, wird sich darüber im klaren sein, daß diese Aufgaben nur teilweise gelöst worden sind, und daß der Parteitag keineswegs die großen Hoffnungen erfüllt hat, die man in ihn setzte. Eine klare und deutliche Aussprache freilich hat stattgefunden, denn sowohl Revisionisten wie Revolutionäre haben ihrer Zuhörerschaft reinen Wein eingeschenkt und ihre Theorien und Forderungen bis ins kleinste vor dem Kongress detailliert. Das ist allerdings ein unbestreitbares Verdienst des Bologneser Parteitags. Noch nie sind von den Revisionisten oder Reformisten irgend eines Landes in so weitgehender Weise die logischen Konsequenzen ihrer Anschauungsweise gezogen worden, als in der dem Kongress unterbreiteten Resolution Bissolati und in dem dazu von Filippo Turati in seiner Rede geleisteten Kommentar. Das ist immerhin ein erfreulicher Fortschritt auf dem Wege zur Klarheit gegen den letzten italienischen Kongress in Imola, wo sämtliche Neben der Reformisten noch vor allen Dingen den Zweck verfolgten, dazutun, daß eigentliche theoretische Verschiedenheiten in der Partei überhaupt nicht existierten.

Was nun aber die zweite und hauptsächlichste Aufgabe des Kongresses anbelangt, die Partei aus ihrer Gärungsperiode herauszuführen, so kann man sie als nicht weniger denn gelöst betrachten. Wohl ist offiziell durch die Annahme der Resolution Ferri von neuem die Einheit der Partei proklamiert worden, aber dieses äußerlich so günstige Resultat ist einzig und allein durch eine Unaufrichtigkeit der Revisionisten zustande gekommen. Denn während Arturo Labriola und seine revolutionären Freunde sehr wohl imstande waren, sich nach Ablehnung ihrer eignen Resolution mit der dem Sinne nach ihren Ansichten völlig entsprechenden Resolution Ferri einverstanden zu erklären, war es von Turati und seinen Anhängern nach allem, was vorher gesagt und getan war, nach Turatis Vergleich der Reformisten und Revolutionäre mit Russen und Japanern und nach all dem, was er und andre über das lächerliche und „von mittel-mäßigen Geistes“ zeugende Unterfangen des Zentrums, die beiden extremen Strömungen unter einem Hut zu bringen, gesagt hatten, weder aufrichtig noch logisch gehandelt, wenn er, und mit ihm alle übrigen Reformisten, bei der zweiten Abstimmung sich nicht der Stimme enthielten, sondern geschlossen für die vorher so sehr verurteilte Resolution Rigola abstimmten. Sie machte ihnen allerdings einige wichtige Zugeständnisse, aber in einem der Hauptpunkte, der Teilnahme an der Macht, vertrat sie eine der reformistischen total entgegengesetzte Ansicht, und auf die Forderung der Einheit der Partei durften die Reformisten, wenn sie ihren eignen Worten treu bleiben wollten, nicht eingehen. Nun freilich, da sie sich selbst durch diese Verleugnung ihrer aufrichtigen Meinung festgelegt hatten, war es ihnen nicht möglich, der Parteiorganisation den Rücken zu kehren, für deren Einheit sie soeben ihre Stimme abgegeben hatten.

Macht man sich diese Lage der Dinge klar, so muß man sich zugetrauen, daß die nächste Parteizukunft für Italien durchaus nicht so rosig aussieht, wie man es nach der angenommenen Resolution glauben könnte. Wenn es nun auch mit dem offiziellen Viebügel der Kammerfraktion mit der Regierung vorbei ist und zu hoffen steht, daß der neugewählte Parteivorstand einen frischeren Wind in den politischen und gewerkschaftlichen Kampf tragen wird, so werden ihr leider doch in vielen Fällen auch fernerhin durch innere Zwistigkeiten und Heiberien die Hände gebunden werden, und es wird eines fast übermenschlichen Taktes ihrer Mitglieder bedürfen, sich durch all diesen Wust und Wirrwarr hindurchzutwinden. Denn die Revisionisten zeigen schon jetzt durch ihr ganzes Verhalten, daß sie dem neuen Parteivorstand das Leben so schwer wie nur möglich zu machen gedenken, und ihre schon von uns mitgeteilten Beschlüsse über ihr Verhalten in der nächsten Zukunft sehen nicht gerade nach Abrüstung aus. Es ist nun nur noch die Frage, wie sich in der Folgezeit die Massen zu diesen Streitigkeiten verhalten werden, nach welcher Seite sich ihre jetzt noch schwankenden Sympathien hinneigen. Hoffen wir, daß sie im entscheidenden Augenblick den „Führern“ nicht nachfolgen, und es ihnen allein überlassen, sich

die Finger zu verbrennen beim Greifen nach unerreichbaren Kastanien!

Denn so wie die Dinge nun einmal liegen und soweit wie die Revisionisten in Italien nun einmal auf ihrer schlüpfrigen Bahn herabgeglitten sind, ist es nicht gut denkbar, daß sie eher sich zur Umkehr entschließen werden, als bis sie sich beim Sturz in den Sumpf der allgemeinen Massenharmonie einen tüchtigen Schmutzpfen zugezogen haben. Der Revisionismus ist eben unter der Glut des südlichen Himmels weit schneller gereift, als in unserm rauhern Klima — man erinnere sich nur daran, daß es noch nicht einmal ganz sechs Jahre her sind, seit Filippo Turati bei den berüchtigten „Fatti di Milano“ (im Herbst 1898) zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, während er heute mit dem Gedanken spielt, selbst eine führende Rolle in derselben Monarchie zu übernehmen, die damals den Kartätschgeneral Saba-Beccaris, der den Hunger der Brot heischenden Menge in Mailand mit Kanonenkugeln stillte, mit Orden und Ehrenzeichen überhäufte!

Aber wenn auch die reformistische Strömung in Bologna die relativ größte Stimmenzahl im Verhältnis zu den drei andern Resolutionen auf der ihrigen vereinigen konnte, so ist doch andererseits die Tatsache nicht abzuleugnen, daß auch die radikal-revolutionäre Partei in den letzten 1½ Jahren große Fortschritte gemacht hat. Denn die jetzt mit allerdings nicht sehr großer Mehrheit angenommene Resolution besagt in etwas allgemeiner gehaltenen Ausdrücken daselbe, wie die in Imola noch mit 275 gegen 417 Stimmen abgelehnte, von Ferri und Labriola gemeinsam eingebrachte. Von ihrem weiteren Wachstum hängt die Zukunft der italienischen Sozialdemokratie ab.

(gem. in der „Söchl. Arbeiterzeitung“.)

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. April 1904.

Junter gegen Mucker.

Auf dem Kriegsschauplatz der bürgerlichen Einigkeit, wo gegenwärtig um die welterschütternde Frage gekämpft wird, ob man sich mit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes einverstanden oder nicht einverstanden erklären wolle, tobt die schreckliche Schlacht weiter. Der Vorstand der konservativen Partei hat die kulturkämpferische „Tägliche Rundschau“ in die Acht getan und erklärt: „Im übrigen erachten wir die an die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes geknüpften Erörterungen für uns zurzeit als abgeschlossen.“

Unerwartet hat der Evangelische Bund am 18. April in seiner zu Kottbus abgehaltenen Brandenburger Hauptversammlung bittere Klagen gegen das konservative Hauptorgan, die „Kreuzzeitung“, erhoben, von der man anstatt brüderlicher Belehrung „Fustrierte“ bekommen habe. Gegenüber den Forderungen der konservativen Partei, der Bund möge sich in die Aufhebung des § 2 finden und keine Politik treiben, erklärte der Vorsitzende, Frhr. v. Münchhausen, von einem solchen Rückzug könne nun und nimmer die Rede sein.

Die parteipolitische Bedeutung dieses Streites liegt darin, daß die protestantische Geistlichkeit aus dem konservativen Lager abzurücken beginnt und zum Nationalliberalismus übergeht, der ja längst soweit gereift ist, mit Würde die Rolle einer Superintendenzenpartei spielen zu können. Der Nationalliberalismus verlegt sich mehr und mehr auf das Demagogengeschäft der „antirömischen“ Politik, während das Junkertum in kluger Erkenntnis seiner Interessen die Freundschaft mit dem Zentrum pflegt, das längst der Schutzöllenei zugeht, auch zum Wahlrechtsraub und zur Scharfmacherei hoffnungsvolle Ansätze zeigt. Um diese Reime zu pflegen, ist es notwendig, den Zentrumsleuten zu beweisen, daß sie von einer neuen Ausnahmegesetzgebung nichts zu fürchten haben. Das Ziel dieser Politik ist das, beide Kirchen unter junkerliches Patronat zu stellen, Geisteskräfte und Geschorne zu einem einzigen Kreuzesheer gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen.

Die nichtsagende und bedeutungslose Aufhebung des § 2 hat in die Durchführung dieses Feldzugsplans eine Störung gebracht, die den Unwillen der Junker in hohem Grade hervorruft. Die Junker wollen an den Ortsgeistlichen brauchbare Wahlagitatoren haben, viel weiter reicht ihr „evangelischer Eifer“ nicht, und am allerwenigsten sind sie gewillt, sich von den protestantischen Muckern in den Kampf gegen ihre katholisch-agrarischen Geschäftsfreunde ziehen zu lassen.

Solche Erfahrungen werden die Sozialdemokratie wohl veranlassen, energischer als je auch für die Aufhebung des § 1 des Jesuitengesetzes einzutreten. Die Beseitigung dieser Ausnahmegesetzgebung entspricht nicht nur ihrem Prinzip,

sondern sie würde die bürgerliche Einigkeit auf eine viel härtere Probe stellen als die Aufhebung des § 2. —

Im Strudel des Sprudels.

Aus dem Dreiklassenhaufe wird uns über die am Dienstag abgehaltene Sitzung geschrieben:

Im Abgeordnetenhaus wurde zunächst eine Reihe kleinerer Etats erledigt. Bei Fortsetzung der Beratung über den Etat der Zentralgenossenschaftsliste machte Abg. Diederich Bahn den Versuch, die vertrackte Gründung des Bundes der Landwirte, die Dortmunder Ein- und Verkaufsgenossenschaft, in besseres Licht zu setzen und alle Schuld allein auf den Geschäftsführer zu häufen. Der nationalliberale Abgeordnete Wallbrecht wie auch der Zentrumsabgeordnete v. Sabinow nahmen aber lebhaft gegen diesen Meinungsversuch Stellung.

Lebhafte Auseinandersetzungen gab es auch bei dem schon einmal verhandelten, aber an die Budgetkommission zurückgewiesenen Titel aus dem Etat der Domänenverwaltung über die staatlichen Mineralbrunnen. Die Budgetkommission hatte sich den Beschwerden nassauischer Abgeordneter über die Geschäftsführung der Pächterfirma Siemens u. Co. angeschlossen und einstimmig eine Resolution beschlossen, in der die Staatsregierung ersucht wird, von einer Verlängerung des Pachtvertrags mit der Firma Siemens u. Co. zurzeit abzusehen, auf genaue Erfüllung der Bedingungen des Vertrags seitens der Pächter zu halten und sie schließlich zu veranlassen, daß die Pächter, in denen das Wasser vertrieben wird, so gestaltet werden, daß eine Verneuerung mit den Wasser anderen Quellen ausgeschlossen ist. Der Landwirtschaftsminister stellte der Firma Siemens von neuem ein Wechselungsverhältnis aus. Er steht mit ihr offenbar auf bestem Fuß. Aber trotz seiner Erklärung, daß die Resolution von ihm Unmögliches fordere, wurde sie nahezu einstimmig angenommen. In der Tat wäre es wünschenswert, wenn den Pächtern, ganz abgesehen von der Erfüllung berechtigter Wünsche der einheimischen Interessenten, ein niedrigerer Preis für die Mineralwässer aus den königlichen Brunnen vorgeschrieben würde. Die Konjunktur des Niedrigwasserstandes hat die Pächter in die Lage versetzt, die Pächter durch den Staat zu unterstützen.

Beim Etat der Anstalt für die Verhütung der Tuberkulose ist die gehörten Beschwerden über die mit der Germanisierung verbundenen Protokollierung der polnischen Landesteile von polnischen und katholischen Hebern von neuem aufs Tapet gebracht. Von konservativer Seite bestritt man diese Beschwerden und auch von der Regierung wurde gesagt, daß es an dem mangelnden Entgegenkommen des Erzbischofs liege, wenn die religiösen Bedürfnisse namentlich der deutschen Katholiken im Osten nicht genügend berücksichtigt würden. Eine staatsmännische Rede hielt dabei der Abgeordnete Graf Limburg-Sturum. Er forderte das Zentrum auf, dafür zu sorgen, daß die Begriffe „Polonismus“ und „Katholizismus“ nicht länger im Osten identisch wären. Er knüpfte aber an diese vorwurfsvolle Aufforderung sofort Lobspprüche über die nationale Gesinnung und die Betätigung dieser nationalen Gesinnung, daß eigentlich der Nachschuß den Vorbesatz kompensierte.

Schließlich wurde noch die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Bewilligung von weiteren Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten erledigt. Der freisinnige Abgeordnete Rosenow wandte sich im Interesse der Hausbesitzer dagegen, daß aus dem Fonds auch solche Genossenschaftlichen Beihilfen erhielten, die nicht bloß Wohnungen für Staatsbeamte, sondern auch solche für Privatbeamte, zum Beispiel Postbeamte, bauen.

Für Mittwoch stehen der Etat des Finanzministeriums und kleinerer Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Wieder verhaftet.

Die ehemaligen Hofbankiers der Kaiserin, Schulz und Romeid, sind am Montag abends in Potsdam wieder verhaftet worden. Bekanntlich waren diese Herren nach dem Zusammenbruch der von ihnen geleiteten Pommerbank vor etwa zwei Jahren in Untersuchungshaft genommen worden. Nach einer einjährigen Untersuchung kam es in Potsdam zur Verurteilung, die zwei Monate lang dauerte und — mit einer Unterbrechung schloß, da in neue Beweiserhebungen ungetrieben werden sollte. Insbesondere handelte es sich darum, ob die Bank von ihr erworbene resp. beliehene Grundstücke in schwindelhafter Weise weit über ihren Wert hinaus geschätzt hatte. Jetzt, nach einjähriger Arbeit der Tagatoren, hat die Strafammer erkannt, daß die Sache für die Angeklagten höchst ungünstig stände und deren neuerliche Verhaftung angeordnet.

Am 2. Mai beginnt die neue Verhandlung, deren Ende nicht abzusehen ist. Als im Vorjahr die Verhandlung für den Tag der Reichstagswahlen ausgesetzt wurde, erzählte man sich in Berlin den Wit, der Gerichtshof habe beschlossen, die Verhandlungen im Pommerbankprozeß jedesmal bei stattfindenden Reichstagswahlen auszusetzen. Weht der Blickkurs des gerichtlichen Amtschimmels so wie bisher weiter, so dürfte der Wit nicht weit von der Wahrheit treffen.

Man mag vor der „richterlichen Gewissenhaftigkeit“ allen schuldigen Respekt haben — sicherlich haben aber die bisherigen Beweiskfälle der Pommerbank gezeigt, daß unsere Strafjustiz geistig den Forderungen nicht gewachsen ist, die dieser Prozeß an sie stellt. —

Deutschland.

Berlin, 20. April. Wer trägt Schuld an dem Perero-Aufstand? Die Denkschrift, betreffend die Vereinfachung eines Fonds von zwei Millionen Mark für die Entschädigung der durch den Perero-Aufstand geschädigten Anwohner in Deutsch-Südwestafrika enthält einen sehr bemerkenswerten Passus. Es heißt da:

„Ausgeschlossen von dem Empfang staatlicher Entschädigungen werden alle diejenigen sein, welche nachgewiesenermaßen beim Aufstand eine der Landesregierung unfreundliche Haltung eingenommen oder den Aufstand durch eigenmächtige gesetzwidrige Handlungen mitverschuldet haben.“

Während bisher in allen bürgerlichen Zeitungen zu lesen stand, wie unantbar sich die Perero gegen die Welken betragen hätten, gibt hier eine amtliche Denkschrift zu, daß der Perero-Aufstand durch eigenmächtige und gesetzwidrige Handlungen weißer Anwohner verschuldet, oder doch mitverschuldet ist.

Dem Landtage soll noch in dieser Session ein Gesetzentwurf durch die Regierung vorgelegt werden, wonach die Stadtverwaltungen in den Stand gesetzt werden sollen, **Ordnungsstatute zum Schutze der Städtebilder und von Einzeldenkmälern** zu erlassen. Bei der Verschiedenartigkeit der in den einzelnen Städten, ja sogar in den einzelnen Bezirken derselben Stadt herrschenden Verhältnisse soll von der Aufstellung allgemein gültiger Bestimmungen abgesehen, vielmehr nur der Rechtsboden geschaffen werden, von dem aus jede Stadt die für ihre besonderen Bedürfnisse zweckmäßig scheinenden Maßnahmen treffen kann. Ebenso ist ein Gesetzentwurf zum Schutze weltgeschichtlicher Denkmäler ins Auge gefaßt worden.

In Sachen des „**Allgemeinen Arbeitgeberverbandes**“ verhandelt der Bund der Industriellen eine Mitteilung, welche auf den Beschluß der am 12. April vom Geh. Kommerzienrat Vogel berufenen freien Industriellen-Versammlung bezw. des Anschlusses an die „**Hauptstelle**“ hinweist und sagt:

Der Bund der Industriellen habe von jeher die auch in der Versammlung vertretene Ansicht geteilt, daß es Sache der Arbeitgeberverbände sei, sich ohne Anklammerung an irgend eine wirtschaftliche Vertretung der Industrie eine Spitze zu geben. Die Mitglieder und angeschlossenen Vereine des „**Bundes der Industriellen**“ werden daher erlucht, sofern sie sich an der Organisation der Arbeitgebervereine beteiligen wollen, sich von den Bestrebungen des „**Zentralverbandes deutscher Industrieller**“ und der von ihm ins Leben gerufenen „**Hauptstelle**“ bis auf weiteres fern zu halten, um zu einem „**Allgemeinen**“ Arbeitgeberverband zu gelangen.

Unter den Augen der Männer des zentralen Terrors hatte Vogel seine Unterwerfung mit den Worten motiviert, gegen die Sozialdemokratie müsse etwas geschehen. Nun er den faszinierenden Augen des alten Bued und seiner Hintermänner entrückt ist, scheint ihm der Mut der eignen Meinung wieder gekommen zu sein. Die Schärfer des Zentralverbandes werden sich dafür sorgen, daß der Sozialist nicht in **Wien und Petersburg** wiederholt werden möge. **Am 20. April, 5 Uhr, 3.50 Uhr**, der Bund der Terroristen trotz aller Hürden in Wäldern die Schreckensherrschaft proklamieren wird.

Gestern trat im Statistischen Amte die auf der letzten Konferenz der deutschen Landesstatistiken zu Konstanz eingesetzte Kommission zusammen, um die im Entwurf vorliegenden Formulare der auf Juni 1905 geplanten **Bevölkerungs- und Betriebszählung** zu beraten. Sowohl in den Kreisen der amtlichen wie der städtischen Statistik machen sich, wie offiziell verlautet, Stimmen geltend, die die umfangreiche Zählung auf das Jahr 1906 oder 1907 verschieben wollen, um eine Kollision mit der Volkszählung im Jahre 1905 zu vermeiden.

Leipzig, 19. April. Der Ausschuß des zurzeit in Leipzig versammelten Kongresses für innere Medizin erläßt folgende öffentliche Erklärung:

Der Ausschuß spricht den im schweren Kampfe stehenden Leipziger Kollegen seine volle Sympathie aus. Auch er hält Freiheit und Unabhängigkeit für die Grundbedingungen einer richtigen Entwicklung der ärztlichen Tätigkeit und des ärztlichen Standes und erwartet zuversichtlich, daß es den Leipziger Kollegen gelingen werde, einem übermächtig gewordenen Kassenvorstande gegenüber ihre gerechten Forderungen in ihrem eignen Interesse und zum Wohle der Kranken durchzusetzen und ihre so tapfer verteidigte Selbstständigkeit zu wahren.

Es folgen 25 Unterschriften medizinischer Kapazitäten, unter ihnen Vertreter aller deutschen Universitäten, die damit beweisen, daß sie das Wohl der Ärzte mit dem Wohl der Kranken verwechseln und daß sie unter der Freiheit und Unabhängigkeit des ärztlichen Standes dessen Diktatur über einen nicht übermächtigen, sondern streng geschnitten vorgehenden Kassenvorstand verstehen. Die Regierung schickt sich an, auf die Seite dieser Professoren zu treten, deren Blick durch irgend eine Sachkenntnis in unsern sozialen Kämpfen nicht getrübt ist!

Der russisch-japanische Krieg.

Die Vorbereitungen zu Lande.

Ausländische Nachrichten aus Seoul vom 12. April besagen, daß die japanische Armee geteilt sei in ein Expeditionsheer und ein Operationsheer. Das erstere, 45 000 Mann stark, rückt gegen den Jalu vor, das letztere, aus 15 000 Mann bestehend, macht die Verbindungsmittel möglichst vollkommen. Das Hauptquartier in Seoul mit einer Besatzung von 4000 Mann. Das Hauptquartier für die Transporte ist Schewanpo. Der Bau der Eisenbahnen und der Landstraßen schreite rasch vor. Die Insel Sojoedo wird besetzt.

Ein Kommandeur der Zollbehörde in Genan berichtet, daß eine starke russische Streitmacht auf der großen Südröhre längs der Ostküste in der Nähe von Sängschin durchgekommen sei; Sängschin sei von einer Aufklärungsabteilung besetzt. Die Hauptmacht habe gegen Kutschung, etwa 80 Meilen nördlich von Genan, besetzt gehalten.

Sechs Nachrichten.

St. Petersburg, 20. April. An den Ufern des Jalu-Flusses haben einige Garabunde zwischen den russischen und

japanischen Vorposten, welche jedoch ohne Bedeutung sind, stattgefunden.

Petersburg, 20. April. Aufsehen erregt hier ein in der „**Notwenn**“ erschienener Artikel des Journalisten Sergejatinow über den Krieg in Ostasien. Der Artikel verlangt zum Schluß in außergewöhnlich freier Sprache Freiheit der Rede, Gewissensfreiheit und Pressefreiheit.

St. Petersburg, 20. April. Nach einer Petersburger Meldung des „**New-York Herald**“ erhält sich trotz aller Dementis die Meinung, daß zwischen den Vangern „**Sebastopol**“ und „**Kultama**“ eine Kollision stattgefunden hat; doch waren die Beschuldigungen zweifellos nicht bedeutend.

Aus der Parteibewegung.

Das Parteischiedsgericht in Sachen Bernhardt und Seine ist auf den 21. April nach Berlin einberufen.

Neues Montagblatt. Genosse Bernstein beabsichtigt, vom 1. Mai ab in Berlin ein politisches Montagblatt herauszugeben.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine offene Klage gegen den Eisenbahnminister ist konfisziert worden. Es handelt sich um eine Druckschrift mit dem Titel „**Wir klagen an**“, die bei einer Hausdurchsuchung in der Meyerschen Druckerei in Hamburg und bei dem Kassierer der Eisenbahner, Meinde in Altona, vorgefunden wurde. Die Broschüre war vom Vorstand der Eisenbahner Deutschlands herausgegeben. Sie enthält auf dem Titelblatt den Vermerk: „**Ein Beitrag zur Sozialpolitik im Vertriebe der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft**“. Als Material einigen Herren Abgeordneten im Reichstag, und im preussischen Landtag, übermittelt.“ Die Schrift soll schwere Beschuldigungen gegen das preussisch-hessische Eisenbahnrégime und Beleidigungen des Eisenbahnministers enthalten.

Wichtige gewerkschaftliche Nachrichten. Die Dachdecker in Ochsleben stehen mit den Meistern in Unterhandlungen betr. Lohn-erhöhung. In Meisen dauert der Streik an. Zwei Firmen haben bewilligt. Die Friseurgehilfen in Eßlingen haben, nachdem ihre wichtigsten Forderungen bewilligt, den Streik gestrichen beendet. Die Schneider in Güllow erstreben einen festen Tarif mit Lohn-erhöhung an 58 Gehilfen erhalten bereits bewilligt. Die Kleinmeister bleiben hartnäckig. Die Schiffahrtsarbeiter der Rhein-schiffahrts-Aktiengesellschaft Mannheim streiken, weil ihre Forderung (4 Mark Lohn täglich, bisher 3,50) brüskel abgelehnt wurde. Die Metallarbeiter (Schlosser) in Dessau sind in den Ausstand getreten. Grund: Lohnrücklagen. In Babel sind 200 Arbeiter wegen Lohn-freiheiten ausständig. Auf der Kochschen Schiffswerft in Babel streiken die Meister. Sie fordern 35 Pfg. Stundenlohn, 25 Pfg. Schmutzlohn, 1 Mark Zuschlag auf die Meisten z. — Die Maler in Leipzig haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit und 55 Pfg. Stundenlohn. In Chemnitz i. S. brachen die Gehilfen die Verhandlungen mit der Innung wegen Ablehnung des Mindestlohnes ab. Donnerstag dürfte der Streik proklamiert werden. In Metzen (Schleswig-Holstein) erreichten dieselben ohne Streik 45 Pfg. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. In Rends-burg dagegen wurden ihre Forderungen barisch abgelehnt. — Die Spinnereiarbeiter in Rottbus haben wegen Lohnrücklagen die Arbeit niedergelegt. 34 von ihnen streiken im Streik. — Die Metzgerarbeiter in Gommern fordern Erhöhung der Lohn-rechnung von 48 auf 50 Pfg. — Die Arbeiter in Berlin streiken wegen Ablehnung des Monatslohntags. — Die Postler und Dekorateur in Dortmund treten in die Lohnbewegung ein. Sie fordern 9 stündige Arbeitszeit, 10 Prozent Zuschlag für Akkorarbeit, 25 Prozent für Ueberstunden, 50 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit. — Die Fischer in Wandsbeck fordern 55 Pfg. Mindestlohn, Regelung der Arbeitszeit z. In Rodorf ist nach keine Einigung erzielt worden. In Sand-sberg a. B. fordern sie 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 15 Prozent Zulage, Abschaffung der Ueberstunden. Die Meister fordern, daß die Arbeiter aus dem Verband austreten! Seit Montag dauert der Streik, dem sich auch die Sozialisten und „**Fische**“ angeschlossen haben. In Schwiebus ist bei Scholz ebenfalls ein Streik ausgebrochen wegen Durchbrechung des Tarifs. — In Stuttgart fordern die Bauarbeiter 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Akkorarbeit z. — Die Eisenhauer in Hannover erzielen eine Einigung mit den Meistern, die den Gehaltsvertrag von 1901 anerkannten. In Freiburg i. B., wo die Gesellen Anerkennung des Stundenlohns fordern, lehnten die Meister das Ersuchen vor dem Einigungsamt ab. Sonnabend dürfte es zum Streik kommen. In Nürnberg fordern sie mit den Meistern 50 Pfennig Stundenlohn und Abschaffung der Akkorarbeit. — Die Maurer in Merklins bei Dortmund (Bege Hollern) erlangen in dreitägigem Streik 47 Pfg. Stundenlohn und 10 1/2 stündige Arbeitszeit. In Göttingen fordern sie mit den Bau-arbeitern aller Branchen 40 Pfg. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. In Waidau bei Dreischneder streiken 25 Mann wegen Ablehnung der zehnstündigen Arbeitszeit. In Driefen erzielen sie 2-4 Pfg. Lohnrücklagen, in Angermünde 3, in Lehnin 5 Pfg., in Fürstentum, Straußberg, Trebbin und Wamsse 2 1/2-4 1/2 Pfg. Alles binnen sechs Tagen! In Senftenberg fordern sie vergeblich zehnstündige Arbeitszeit (bisher 11) und 38 Pfg. Stundenlohn (bisher 32). In den Unterwesertälern haben die Postler die Innung, aus dem Verband auszutreten, mit Entrüstung zurückgewiesen. Bravo! — Die Zimmerer in Wiesbaden wurden mit ihrer Forderung: 50 Pfg. Stundenlohn z. abgewiesen, die Arbeiter aber legten aus Frust vor einem Streik im letzten Augenblick 2-3 Pfg. zu. Trotzdem halten die Gehilfen an ihren Forderungen fest. Bei Rostock in Dortmund streiken 27 Mann wegen unberechtigter Lohnrücklage.

Nieder mit dem Boykott!

Der inzwischen siegreich beendete Streik der Bäcker-gesellen in Kiel hat eine interessante gerichtliche Aktion gegen das Gewerkschaftskartell zeitigt. Den kugelrunden Meistern war die den Streikenden durch die Gesamtarbeiter-schaft in Form eines Boykotts geleistete wirksame Hilfe sehr unangenehm. Da der Strafrichter gegen dieses Kampf-mittel nicht zu haben ist, ließen sie zum Zivilrichter und, siehe da, sie hatten Glück! Sie erzwangen einen Beschluß, wonach dem Gewerkschaftskartell, dem Vorsitzenden der Bäckergesellen, und der Druckerei unseres Kieler Partei-blattes bei 2000 Mark Geldstrafe verboten wird, durch öffentliche Kundgebungen aufzufordern, daß die Arbeiter in Kiel die Bäckereien, welche die Forderungen der Bäckergesellen nicht bewilligt haben, meiden sollen, oder durch ebensolche Kundgebungen den Höfen und Brotabnehmern die Weidung ihrer Geschäftsstellen anzudrohen. Auch wird ihnen, heißt es weiter, jede Veröffentlichung von Verzeichnissen der Abnahmestellen der nicht bewilligenden Bäckereien oder, was dem gleich kommt, die Veröffentlichung von Verzeichnissen der bewilligenden Bäckereien mit der Auf-forderung, nur aus diesen ihren Bedarf zu decken, verboten.

Für den vorliegenden Fall wäre angefaßt des Sieges der Gehilfen der Schlag ja wirkungslos; der Versuch ist aber von größter Wichtigkeit. Obwohl man heutzutage auf alles und noch einiges gefaßt sein muß, darf wohl erwartet werden angefaßt der bisherigen Rechtsprechung in Boykott-angelegenheiten, daß es sich um einen Versuch mit untaug-lichem Mittel handelt, gegen den eventuell bis in die höchste Instanz gekämpft werden muß.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. April 1904.

Die Verteilung der „**Volksstimme**“ während der Wahlzeit.

Bei der Agitation zu den Reichstagswahlen hatten die Ge-nossen Brack und Tscheschen im Auftrage des Genossen Pistorius Exemplare der „**Volksstimme**“ öffentlich verteilt, ohne im Besitz einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Eine solche hielt man mit Rücksicht auf § 43 Absatz 3 und 4 der Gewerbeordnung für überflüssig. Dort ist bestimmt: „**Zur Verteilung von Stimmgeldern und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gewählten Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages nicht erforderlich**“. Dasselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbsmäßigen Verteilung von Stimmgeldern und Druckschriften zu Wahlzwecken.“ Brack, Tscheschen und Pistorius wurden jedoch auf Grund der § 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes angefaßt und in zweiter Instanz vom Landgericht Magdeburg wegen der Nichteinhaltung einer polizeilichen Erlaubnis zur öffentlichen Verteilung von Druckschriften zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht nahm an, daß es die ganze Zeitung, wenn sie auch zum Teil die Wahl behandelt, nicht als „**Druckschrift zu Wahlzwecken**“ anzusehen sei und die Vergünstigung des § 43 der Gewerbeordnung hier nicht beansprucht werden könne.

Das Gericht erachtete als festgestellt, daß Pistorius den Verteilern eine Entschädigung versprochen habe; ob eine solche ihnen geworden sei, stellte es nicht fest. Nun halte, führte das Gericht weiter aus, § 30 Absatz 2 des Reichs-Preßgesetzes den § 10 des preussischen Preßgesetzes nur soweit aufrecht, als eine öffent-liche, unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen in Frage komme. Hier stehe aber fest, daß die Verteiler vom Publikum nichts für die Zeitungen ge-nommen hätten. Es liege somit ein unentgeltliches Ver-teilen vor. Danach seien B. und Tsch. wegen Uebertretung der § 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes und Pistorius als An-stifter zu bestrafen. Die Verteilung hätte nur mit Genehmigung der Polizei vor sich gehen dürfen.

Auf die Revision der Angefaßten hob das Kammer-gericht die Vorentscheidung am 18. April wieder auf und be-wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt, daß es sich um eine Zeitung handelte und nicht um einen Wahlaufruf; sei allerdings genügend festge-stellt. Es sei eine Zeitung mit verschiedenen Vorzügen ge-worden, worin sich ein Wahlaufruf befunden haben möge, und sie mög-lich wegen des Wahlaufrufs verteilt worden sein, in dessen: es sei eine Zeitung verteilt worden, die als solche hier keine „**Druck-schrift zu Wahlzwecken**“ im Sinne des § 43 der Gewerbeordnung sei. Aber aus einem andern Grunde sei die Vorentscheidung nicht haltbar. Den Begriff der Unentgeltlichkeit des Verteilens habe das Landgericht nicht richtig gewürdigt. Begriffsmäßig gehöre zum „**Verteilen**“ überhaupt nicht eine Gegenleistung dessen, an den verteilt werde. Also bedeute unentgeltliches Verteilen ein Verteilen, wofür der nichts bezahle, der die Deute zum Verteilen der Druckschriften be-stimme. (Hier Pistorius.) Festgestellt sei hier nur, daß Pistorius etwas versprochen habe; gegeben habe er ihnen scheinbar nichts. Die vorliegenden Feststellungen genügen aber noch nicht für die Annahme einer Entgeltlichkeit oder Unentgeltlichkeit. Es müsse näheres darüber festgestellt werden, wobei zu berücksichtigen sei, ob nicht Pistorius den Verteilern nur etwas versprochen habe und durch ein Scheinmündel den Anschein der Entgeltlichkeit ge-erwecken, da ja, wie schon vom Landgericht ausgeführt sei, das entgeltliche Verteilen vom § 10 des preussischen Preßgesetzes in der durch § 30 des Reichs-Preßgesetzes erhaltenen Fassung nicht betroffen werde. Auch könne das Versprochene nur Strafen-bahngeld usw. gewesen sein, was eine Entgeltlichkeit des Verteilens nicht begründen würde. So müsse sich das Landgericht noch ein-mal mit der Sache beschäftigen. — Werde ein entgeltliches Verteilen festgestellt, dann könnten die Angefaßten nicht auf Grund des § 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes verurteilt werden.

Da auf den vorliegenden Fall auch keine andre Gesetzesbestimmung anwendbar ist, muß darum wohl Freisprechung er-folgen. Das Verteilen von Druckschriften ist nämlich dann, wenn es nicht gewerbsmäßig, entgeltlich vorgenommen wird, an keine Bedingungen geknüpft, während für unentgeltliches Verteilen auf öffentlichen Straßen und Plätzen die polizeiliche Ge-nehmigung eingeholt werden muß. Das ist zwar sehr unlogisch, barmüthig auch vom Gesetzgeber nicht gemollt, aber die bei uns übliche Gesetzesmacherei fördert solche Erscheinungen zutage.

Das Begräbnis des Genossen Marmuth vollzog sich gestern nachmittag unter zahlreicher Beteiligung der Genossen und Genossinnen, sowie der Mitarbeiter des Verstorbenen. Da eine Trauerfeier auf dem Neustädter Ge-meindefriedhof leider nicht gestattet wurde, fand diese in einfacher aber würdiger Weise im Trauerhause selbst statt, wo Herr Dr. Kramer die Trauerrede hielt. Am Grabe legten u. a. prachtvollste Kranzspenden nieder der Sozial-demokratische Verein, die Arbeiter der Fabrik von Untucht, und der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Der Schmerz der zahlreichen Familienangehörigen war groß.

Die Mitglieder der Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, werden hierdurch noch einmal auf den Vortrag des Genossen Land-ber g

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 93.

Magdeburg, Donnerstag den 21. April 1904.

15. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(70. Sitzung.)

Berlin, 19. April 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Febr. v. Nitzthofen.

Ein schleuniger Antrag Dr. Mügler (Freis. Sp.) und Gen., ein in der gestrigen Sitzung verlesenes Schreiben des Ersten Staatsanwalts zu Posen betr. die Strafverfolgung des Abg. Jessen (Däne) der Geschäftsordnungs-Kommission zur Berichterstattung zu überweisen, wird debattiert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Staats des Auswärtigen Amtes.

Bei dem Titel „Staatssekretär“ begründet

Abg. Mügler (Freis. Sp.): eine Resolution, wonach vom nächsten Etatsjahr ab den deutschen Konsuln im Auslande zur Unterstützung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein aus deutschen Kaufleuten gebildeter Beirat zur Seite gestellt werden soll. Amerika hat bereits eine Handelskammer in Berlin und macht uns schon heute eine enorme Konkurrenz in Deutschland und noch mehr auf dem Weltmarkt. Ebenso bedrohlich ist die Konkurrenz Englands, Frankreichs und Italiens auf dem Weltmarkt. Italien hat uns fast vollständig aus Argentinien verdrängt, trotzdem wir aus diesem Lande bei weitem mehr importieren als Italien. Dies Verhältnis sollte man sich beim Abschluß von Handelsverträgen stets mit Klammerschrift vor Augen halten. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Dove (Freis. Sp.): Mit der Tendenz des Antrags sind wir gewiß alle einverstanden, die einzelnen Forderungen desselben werden wir uns aber doch noch genauer ansehen müssen. Unser Export hat der Vorrede nach wohl unterschätzt. (Sehr richtig! links.) Von der Tätigkeit der amerikanischen Berliner Handelskammer hat man noch nicht viel gehört und die 7 englischen Handelskammern im Auslande entsprechen durchaus dem Umfang seines Handels. — Die sehr guten Informationen der Nachrichten für Handel und Industrie, welche das Reichsamt des Innern herausgibt, sind wohl auf die Tätigkeit der Handelsattachés zurückzuführen. Wir teilen ja auch den Wunsch nach weitergehenden Informationen, und wenn dieser Wunsch auf dem Wege des Antrags erfüllbar ist, so kann man ja einen vorläufigen Versuch nach dieser Richtung machen. Die Bureaukratisierung des Handelskammerwesens ist uns allerdings nicht besonders sympathisch. Wir glauben vielmehr, daß diese Institution auf freier Grundlage ihren Zweck besser erfüllen wird. (Bravo! links.)

Abg. Vögel (Freis. Sp.) ist mit dem Grundgedanken des Antrags Mügler-Febrer durchaus einverstanden, macht aber einzelne Bedenken geltend. Sollen z. B. die Beiräte gewählt oder vom Konsul im Auslande ernannt werden? Daß diese Beiräte einen Sammelplatz für die Deutschen im Auslande bilden würden, wie Herr Mügler-Febrer meinte, bestreite ich entschieden. Diese Aufgabe erfüllen die deutschen Schulen weit besser. (Bravo! links.)

Staatssekretär Febr. v. Nitzthofen: Herr Mügler-Febrer hat uns die amerikanischen Konsuln als Muster vorgeführt; die amerikanische Presse fährt aber gerade die deutschen Konsuln als nachahmenswertes Beispiel an. Auch in Frankreich wird das deutsche Konsularsystem als das beste anerkannt, wie erst jüngst in einem Artikel der „Aurore“ ausgeführt wurde. Aber auch im Inlande stehen wir nicht ganz ohne Dank da. So schreibt uns ein deutscher Fabrikant, er habe sich an hundert deutsche Konsulate im Auslande gewandt mit der Bitte um Auskunft über die jeweiligen Marktverhältnisse zwecks Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. Diese Auskunft sei ihm in ausgiebigster Form prompt erteilt worden, wofür er uns seinen besondern Dank ausspricht. — Das Auswärtige Amt hat früher gegen die Errichtung von deutschen Handelskammern im Auslande Stellung genommen, weil es in dem Namen „Handelskammer“ einen Eingriff in die Rechte des fremden Staates erblickte. Wenn hier in Deutschland Handelskammern begründet wurden, sind wir bisher über diese Bezeichnung hinweggegangen, haben aber amtliche Beziehungen zu diesen Handelskammern nicht angeknüpft. Denn die Erfahrung hat ergeben, daß das leicht zu Zwistigkeiten zwischen derartigen Hilfskammern und den das Reich vertretenden Konsuln kommt. Nun ist in dem Antrage Mügler-Febrer die Bezeichnung „Handelskammer“ weggelassen; auch wird der Beirat den Konsuln zugeteilt, so daß die Möglichkeit von Differenzen zwischen beiden wegfällt. Wir haben daher keine wesentlichen Bedenken mehr

gegen diesen Antrag, wemgleich wir uns nicht allzuviel von ihm versprechen.

Abg. Graf Rantz (kons.): Die Ausführungen des Abg. Mügler-Febrer haben mich davon überzeugt, daß wir alles daran setzen müssen, uns vom Auslande auf diesem Gebiet nicht überflügeln zu lassen. Wichtiger aber als der Beirat ist für uns die Erlangung angemessener handelspolitischer Beziehungen zu Amerika. Meine Partei wird für den Antrag Mügler-Febrer stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Döhl (Str.) schließt sich der Anerkennung für die Ausbildung des deutschen Konsularwesens an. Wenn wir eine Statistik des indirekten Warenverkehrs hätten, könnte ein gut Teil besonders des englischen Zwischenhandels von uns ausgeschaltet werden.

Staatssekretär Febr. v. Nitzthofen: Die Wünsche des Vorredners sind nicht so leicht zu erfüllen. Die bisherigen Ermittlungen über den indirekten deutschen Import und Export haben ein greifbares Resultat nicht gehabt. Wichtig ist, daß bei einem derartigen Mangel die Statistik und die Festlegung der Handelsbilanz nur einen relativen Wert hat. Wegen der Beobachtung der Getreidepreise will ich mich mit meinem Kollegen vom Innern und dem Landwirtschaftsminister in Verbindung setzen.

Abg. Kämpf (Freis. Sp.): Bei der Verhandlung über die Interpellation betr. die Tätigkeit russischer Polizeibehörden auf deutschem Gebiet ist auch erörtert worden, wie Rußland die deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens behandelt. Diese Behandlung hat in weiten Kreisen Erregung, ja Erbitterung hervorgerufen. Ein großes Interesse auf die Verhältnisse, wie sie in Rußland bestehen, wirt der Erlass des russischen Ministers des Innern, worin den Gouverneuren empfohlen wird, sofort bis zur Beendigung des Krieges eine mitreue Praxis gegen die Juden einzuführen. Die Wendung „bis zur Beendigung des Krieges“ entbehrt nicht jeder weiteren Kritik. Für die Behandlung der Angehörigen jüdischen Glaubens in Rußland kommen die Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung und des deutsch-russischen Handelsvertrags in Betracht. Nach der Reichsverfassung haben alle Deutschen gleichmäßigen Anspruch auf den Schutz des Reiches und dieser Grundgedanke ist auch in dem Handelsvertrag mit Rußland niedergelegt. Aber mit diesen Vertragsbestimmungen stehen die Verhältnisse im schärfsten Widerspruch. (Hört, hört! links, Unruhe rechts.) Während der Paß der Christen ohne weiteres erteilt wird, bekommt jeder, der den Anschein erweckt, als ob er Jude sei, die Bemerkung „Jude“ eingetragen; und diese Bemerkung bedeutet in Rußland ungefähr ebensoviel wie die Ueberschrift über Dantes Höllenreise. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Ist doch dem deutschen Juden das Betreten einer ganzen Reihe russischer Provinzen überhaupt untersagt. Durch solche Bestimmungen wird der Zweck der Handelsverträge überhaupt illusorisch gemacht. Der deutsche Jude ist in Rußland jeder Demütigung, jeder Willkür ausgesetzt. (Hört, hört! links.) In Rußland muß er in Stetigkeit Mangel an Unterkunft suchen. Redner verliest eine Anzahl Briefe, welche von den Schilken berichtet, die ihren Verfassern in Rußland wiederfahren sind. So wurde z. B. ein Kaufmann an die ostpreussische, statt an die schlesische Grenze gebracht, obwohl der Zug nach Katowitz nur eine Stunde später abging. Ganz besondere Verhältnisse, über die die deutschen Konsula und Generalkonsula nicht genügend unterrichtet zu sein scheinen, herrschen im Gebiet der russischen Don-Kosaken. Nur mit den allergrößten Schwierigkeiten und nur sehr großen Kosten ist es möglich, die Wäse in Nowos zu besuchen. — Verheirateten Frauen, welche nach Deutschland geheiratet hatten, aber Angehörige und Verwandte in Rußland besaßen, ist das Paßvisum nicht erteilt worden, so daß sie nicht von den Kranken- oder das Sterbedeute ihrer Eltern oder sonstigen Angehörigen abgeholt werden konnten. (Hört, hört! links.)

Das Paßvisum verweigert und jüdischen Ärzten ist erst dann der Zutritt zu dem medizinischen Kongress in Moskau gewährt worden, als Berliner Kapazitäten ihre Teilnahme von dieser Zulassung abhängig machten. Das zeigt nebenbei, daß man in Rußland für einen kräftigen Widerstand sehr empfänglich ist. — Wie Rußland seine eigenen Juden behandelt, ist seine Sache, aber die deutschen Juden sind deutsche Staatsbürger und haben den verfassungsmäßigen Anspruch auf dieselbe Behandlung wie die andern Staatsbürger. (Beifalles Bravo! links.) Die deutsche Verfassung kennt weder Juden noch Christen, sondern nur Deutsche. Wäge die Staatsregierung bei den Handelsvertragsverhandlungen nach diesem Grundgedanken, damit nicht das stolze Wort: civis Romanus sum jenseits der russischen Grenzpfähle seine Gültigkeit verliert. (Beifalles Bravo! links.)

Abg. v. Böhlerdorff (kons.) beklagt sich über die sehr unwillkürliche Haft eines angeblichen Transvaalreisenden und verlangt eine Entschädigung für denselben.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Freis. Sp.) bringt ebenfalls die Frage der Entschädigung für die Deutschen in Transvaal zur Sprache. Manchmal lassen es unsere Konsulsbeamten an der nötigen Energie fehlen. Von den vom deutschen Auswärtigen Amt anerkannten Forderungen hat England nur 9 Prozent gezahlt, die Bezahlung des Restes hat es ohne Angabe von Gründen abgelehnt. (Allgemeines Hört, hört!) Gerade vom Standpunkt derer, die keine künstliche Verbindung zwischen England und Deutschland wollen, kann eine derartig einseitige Behandlung der Frage durch die englische Regierung nicht gemünzt werden. Auch die deutschen Ansiedler in Samoa warten seit fünf Jahren auf ihre Entschädigung. Hoffentlich macht es in England Eindruck, daß in diesen Fragen auch die sonst durchaus nicht englandfeindlichen Parteien tätig mit den andern zusammenstehen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Febr. v. Nitzthofen: Wenn sich in der Samoafrage eine friedliche Vereinbarung mit England und Amerika nicht erzielen läßt, so werden wir den König von Schweden, der als Schiedsrichter in throni zugunsten von Deutschland entschieden hat, auch zum Schiedsrichter über die Einzelheiten aufrufen. In der schiedsrichterlichen Entschädigungsfrage weicht leider die Auffassung der englischen Regierung von der der Redner hier im Hause wesentlich ab. Die englische Regierung schließt grundsätzlich aus: 1. alle Deutschen, die auch Angehörige der beiden Republiken waren, 2. alle, die auch ohne eigene Schuld eine Neutralitätsverletzung begangen haben, 3. alle Gesellschaften, darunter auch die Missionsanstalten. Die andern Länder haben auch keine besseren, zum Teil weit schlechtere Resultate erzielt. Redner bespricht dann die Fälle Diehl, Dr. Ziemann, Ratmann. Unser Vertreter hat das Möglichste erreicht, wie das Anerkennungs-Schreiben eines auch nicht befriedigten Reklamanten beweist. Man möge doch die Stellung der Deutschen im Auslande nicht dadurch schädigen, daß man die deutschen Vertreter im Auslande grundlos beschuldigt. (Beifalles Bravo! links.)

Abg. Graf Rantz (kons.) beschwert sich über die lästigen Paßschwierigkeiten, die deutschen Stromschiffen in Rußland gemacht werden. Ministerialdirektor v. Franke (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt, daß das Auswärtige Amt wenig Einfluß in der Angelegenheit habe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Sp.): Wenn die Regierung nur ihr Bedauern über die Begebenheiten deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Rußland ausdrücken vernag, dann ist das stolze Wort: Civis germanus sum! nur Hohn. (Unruhe rechts.) Herr Pauli hat mit dem Redner, durch das er die Ausführungen des Abg. Kämpf führte, wenig nationales Empfinden bewiesen. Ich möchte dringend, daß das Auswärtige Amt dafür sorgt, daß die Mißhandlungen deutscher Bürger jüdischen Glaubens in Rußland aufhören. (Bravo! links.)

Abg. Dahlem (Str.) beschwert sich über vertragswidrige Uebergänge holländischer Schiffe beim Lachsfang im Meise.

Staatssekretär Febr. v. Nitzthofen: Wir werden fortfahren, nach Möglichkeit eine bessere Behandlung für die deutschen Juden in Rußland zu erreichen. Die russische Regierung gewährt aber auch den österreichischen, englischen und amerikanischen Juden keine bessere Behandlung.

Abg. v. Kardorff (Rp.) stimmt dem Abg. Müller-Weinigen darin völlig bei, daß eine bessere Behandlung unserer jüdischen Mitbürger in Rußland durchaus wünschenswert sei. Rußland meint aber, daß wir, wenn wir die jüdischen Mitbürger Herr Dr. Müller-Weinigen dann lieber gar keine Handelsverträge will — nun damit bin ich ja ganz einverstanden. (Geiler! links.)

Abg. Götze (Freis. Sp.): Die Verfügungen des Herrn v. Kardorff sind geeignet, von vornherein die Aussichten unserer Unterhändler auf Erfolg auf diesem Gebiete illusorisch zu machen. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen.

Der Titel wird hierauf bewilligt und die Resolution Mügler-Febrer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Kommission hat die für eine Ministerresidentur in La Paz in Bolivien geforderte Summe von 37 000 Mark getrichen.

Fenilleton.

Rachdruck verboten.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeles.

(111. Fortsetzung.)

Als der Orgeldreher mit einem Lied zu Ende war, drängte alles durcheinander. Die Damen tauten auf. Während sie sich den Hof machen ließen, gaben sie schnippische Antworten und bewegten eifrig die Fächer. Die jungen Akademiker machten von ihren Weiberleidern Gebrauch und waren sehr zärtlich zu ihren lieben Schwestern, tätschelten ihre Wangen, flegten um ein Küßchen. Die alten Römer dagegen waren ganz feierlich, tranken stumm ihre Wohlengläser leer und blickten den Schwestern mit niedergeschlagenen Augen in die tief ausgehöhlten Kleider.

Plötzlich stürzte ein Bruder Straubinger ins Zimmer, stoppelbärtig, ein verbundenes Auge, Schuße, aus denen nachgemachte Behen hervorjagen, einen Knotenstock schwingend und mit dröhnendem Paß: „n Wend zusammen!“ brüllend. Er ging sofort auf Frau Horstmann los, schüttelte ihr die Hand, als wenn er ihr den Arm ausrenken wollte.

„Gibt Ihr nicht e Paar abgelegte Stiefel oder en alte Sos? Ich tät Euch bis in den Himmel danke.“

Dann ging er auf eine Dame zu und ergriff ihr Glas. „Es dat Schnaps?“

Einer andern nahm er den Kuchen aus der Hand. Als sie lachend, protestierte, zog er stumm einen schimmlichen Kuchstücker aus der Tasche und hielt ihn den hin. Die umstehenden Damen kreischten entsetzt auf, sich die Nase zuhaltend, bis sie sahen, daß der Kuch von Marzipan war. Der Strolch setzte sich nun mit Kuchen und Womle zur Erde, Frau von Dehmitz zu Füßen, und begann mit unheimlicher Echtheit zu essen, nur seine wohlgepflegten Hände stimmten nicht zu dem Uebrigen. Kaum aber saß er, als die Tür aufgerissen wurde, und ein Gendarm ins Zimmer stürzte, ein wahrer Polizeibüttel von Anno Dazumal, mit einem tiefen Schirm an der Mütze und schwerer Blenpe. Der Strolch ergriff die Flucht, der Polizist hinter ihm her. Der Strolch flüchtete sich hinter den Rücken einer Dame, der

Polizist umarmte statt seiner die Dame. Es war eine Gejagd durch die beiden großen Zimmer. Alles beteiligte sich an der Jagd. Die jungen Mädchen kreischten auf, wenn sie aus Versehen einen Fuß bekamen. Oberstadt saß am Klavier und spielte in den wogenden Lärm einen rauschenden Galopp. Hauptmann von Dehmitz hielt sich, nicht mehr nüchtern, an der Tür fest und lachte:

„Nicht alle Gläser . . . meine Herrschaften . . . nicht alle zerfchlagen!“

In diesem Augenblick trat Bert ein. Er hatte einen schwarzen Rock an, eine große, dunkle Krawatte, aber weder einen Fez auf, noch sonst ein Maskenzeichen. Er blickte sich hochmütig um und nickte dann Anna zu, die angeekelt von der übermütigen Lustigkeit, blaß im Sofa saß. Als ein Herr ihn heranwinkte, ging er auf diesen zu und unterhielt sich mit ihm.

Einer Augenblick schloß Anna die Augen vor unerträglichem Schmerz.

In der Sekunde, wo sie Bert in der offenen Tür gesehen, hatte sie gefühlt, daß ihre Angst recht hatte. Er betrat dies Haus wie ein Fremder, der innerlich alle Beziehungen abgebrochen hat. . . Sie schämte sich der Maskerade, sie hätte all diese Leute hinauswerfen und sich selbst dies schreiende, beleidigende Kostüm vom Leibe reißen mögen.

Als einige Minuten vergangen waren, ohne daß Bert die Unterhaltung abbrach, ging sie ihm entgegen. Am Spiegel vorbeikommend, glaubte sie zu sehen, wie ihr Gesicht ihr blaß und verzerrt entgegenstarrte. Sie zwang sich ein Lächeln ab und streckte Bert die Hand hin, die er an die Lippen führte.

„Wenn der Berg nicht zu Muhammed kommt, muß Muhammed zum Berge kommen.“

Der Offizier, mit dem Holleber sich unterhalten hatte, war aufgestanden und sagte:

„Denken Sie, gnädige Frau, unser Freund läßt sich nicht bereden, mit auf den Schwoof zu gehen. Dieser Mensch wird doch unheimlich solide.“

„Das finde ich sehr richtig,“ sagte Anna.

Sie trat mit ihm in den Erker.

von ihren Malerinstinkten plötzlich fortgerissen, eifrig kritisierten. Der Polizeibüttel hatte einen Kreis von Damen um sich, denen er Steckbriefe entwarf. Die alten Römer rühten ihre Fächer. Glazen zurecht, legten die Loga in ernstere Falten, da gleich die Ermordung Coesars, wie es hieß, zum siebenten und letzten Mal, getreu nach Mommsens Geschichte, vor sich gehen sollte. Nur Frau Düsbad irrite umher. Sie hatte ihren Pompadour verloren, der wichtige Papiere enthielt.

„Ist was Besonderes passiert?“ fragte Bert.

„Nichts. Warum?“

„Ich dachte, weil Du mir schreibst, ich sollte kommen.“

„Ich hatte Sehnsucht nach Dir, Du hast dich ja eine Ewigkeit nicht sehen lassen.“

„Du weißt auch, warum! Die Leute tollieren. . . Uebrigens können wir hier unmöglich lange stehen. Das fällt auf.“

„Laf doch die Leute! . . . Komm heute noch! Ich sehne mich nach einem vernünftigen Gespräch.“

„Unmöglich. Ich kann nicht. Ich will heute abend auf den . . .“

„Auf den Ball in die „Lohnhalle“, wolltest Du sagen?“

„Nein. Aber ich habe eine Einladung.“

„Zu wem?“

„Zu Frau Oswald.“

„So . . .“ sagte Anna, und sie fühlte, wie ihre Augen zu tanzen anfangen, und wie eine tödliche Schwäche sie niederzog.

„Rast Dir das etwa nicht?“

„Doch . . . ja . . . geh nur hin, zu dir ja mit mir verlobt.“

„Lächerlich!“ murmelte er.

„Ist das so lächerlich?“ sagte sie schwach. „Sedenfalls gratuliere ich Dir.“

Er wandte sich um, im Begriff, die Stufen hinunterzugehen. Sie hielt ihn am Arm fest.

„Sag mir ein Wort, Bert! Ob es wahr ist, oder nicht? Ich will Klarheit. Ich werde Dir keine Wortwürfe machen. Du bist ja frei.“

„Das meine ich doch auch,“ murmelte er, (Fortsetzung folgt.)

Staatssekretär v. Richthofen, sowie die Abg. v. Wahlenhoff (natl.), Dr. Urendt und Paasche (natl.) bitten im Interesse des deutschen Handels, der in Ostasien der nordamerikanischen Konkurrenz zu begegnen habe, um die...

Forderung wird entgegen dem Kommissionsbeschluss von der Nationalliberalen und einigen Zentrumsgesandten zusammengefasst.

Der Kommissionsbeschluss hat die Kommission einen Titel zu „Kommissionsarbeiten“ im Betrage von 85 000 Mark genehmigt.

Die Abg. Dr. Spahn (Str.), Dr. Stockmann (Abg.), Dr. v. Richthofen (natl.), Graf Oriola (natl.), wollen 10 000 Mark bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (Str.) begründet seinen Antrag. Abg. Dr. Südekum (Soz.): Herr Dr. Spahn ist hier als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten. Wir setzen keinen Vorbehalt, auch nur einen Teil der Forderung zu bewilligen, zumal die Kommission einstimmig die Erreichung der Position beschlossenen hatte, um der Kolonialverwaltung und dem Reichsfinanzamt ein Mitspracherecht zu erteilen, weil dieser Titel eine Verschleierung des Staats haushalts darstellt. Man hat es nicht einmal für nötig gehalten, zu sagen, das Geld für Kolonialattachés in London, Paris usw. bestimmt war. Wenn man so vorgeht, wie Herr Spahn, dann wird man kaum die Kolonialverwaltung abschrecken, in Zukunft genau wieder ebenso zu verfahren. Wenn wir in einem wirklich konstitutionellen Staate lebten, wäre der Kolonialdirektor einfach unmöglich geworden. Da dies aber nicht der Fall ist, so wird vielmehr dieser Postenfall ihn vielleicht länger als sonst vor dem Auzaratus behaupten. (Wahol links.)

Reichsfinanzsekretär v. Stengel: Das Mitspracherecht, das mir erteilt worden ist, läßt mich zum Glück kalt. (Lachen v. d. Soz.) Immerhin gebe ich zu, daß die Beteiligung des Reichsfinanzamts bei Staatserweiterungen bisher etwas mangelhaft gewesen ist. Ich bemerke aber, daß eine bessere Regelung der Angelegenheit eingeleitet ist. Von einer Verschleierung kann auf keinen Fall die Rede sein.

Abg. Dr. v. Richthofen (natl.) tritt ebenfalls der Ansicht des Abg. Südekum entgegen, daß es sich um eine Verschleierung gehandelt habe; nachdem er die nötige Aufklärung erhalten habe, werde er im Gegenfall zu seiner Kommissionsabstimmung im Plenum für den Antrag Spahn stimmen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) tritt nochmals für den Antrag Spahn ein, begleichen Abg. Dr. Urendt (Abg.) Kolonialdirektor Dr. Südekum erklärt, daß die Kolonialattachés zum 1. April zurückberufen wurden, da sie nur kommissarisch beschäftigt waren. Die Regierung bedauere aber, auf ihre hochgeschätzten Dienste verzichten zu müssen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die staatsrechtlichen Ausführungen des Staatssekretärs dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Das Bewilligungsrecht der Fonds besteht nicht nur auf die ausgeworfenen Summen, sondern auch auf die Zustimmung zu dem Zweck, für den sie verwendet werden und der daher angegeben werden muß. Aus der allgemeinen Bezeichnung „für Kommissionsarbeiten“ läßt sich nicht herauslesen, daß das Geld zur Besoldung von auf lange Zeit angestellten Beamten bestimmt ist. Mindestens in einer Anmerkung hätten die Kolonialattachés gefordert genannt werden müssen. Daß sie nicht etatsmäßig angestellt sind, habe ich nicht gewußt.

Der Wink auf den hin die Regierung reinen Wein einschenken, war wirklich ein höchst deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Ob man der Regierung die Absicht der Verschleierung imputieren will, ist Sache der Auffassung des einzelnen Falles oder des Geschmacks; die Veröffentlichung im Kolonialblatt läßt freilich geradezu auf die Absicht der Verschleierung schließen. Schon im Hinblick auf die geradezu phantastische Forderung des Kolonialdirektors von 85 000 Mark, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, bitte ich die Regierung, sich für die Veröffentlichung dieses Beschlusses zu entscheiden. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird einstimmig abgelehnt, dagegen der Antrag Spahn gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei angenommen.

Den Beschluß der Kommission, die für eine Sommerwohnung des Gesandten in Leipzig geforderten 80 000 Mark zu streichen, wird entgegen einem konservativen Antrag auf Wiederherstellung des Postens aufrechterhalten.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt. Es folgt die

Interpellation

Graf Oriola (natl.) betr. den Zeitpunkt der endlichen Vorlegung eines Militärpensionsgesetzes.

Abg. Graf Oriola (natl.) begründet die Interpellation. Man habe den Reichstag jahrelang mit Verzögerungen hingehalten.

Kleines Feuilleton.

Der Schirm in der Kulturgeschichte.

Es ist eine Eigentümlichkeit in der Kulturgeschichte, daß sie Nebenfähliches nicht kennt; mag es sich nun um einen ansehnlichen so geringfügigen Gegenstand wie den Schirm oder den Regenschirm handeln, stets entrollt eine geschichtliche Betrachtung eines solchen zugleich ein ganzes Bild Völker- und Menschheitsgeschichte. Dem Schirm ist dies besonders der Fall, weil derselbe in den orientalischen Ländern stets eines der bedeutendsten Kostüme gewesen ist. Zudem ist der Schirm, ähnlich wie der Fächer so alt wie der Mensch.

Auch die alten Ägypter, Griechen und Römer kannten ihn; die Frauen trugen ihn durch Sklaven oder Sklavinnen getragen. Die Schirme waren aus Bambusstäbe gespannt und mit Eisenblech, Gold und Edelsteinen ausgelegt. Bei den Griechen war der Schirm ganz flach und kurz, fächerartig, so finden wir ihn in Vasenmalereien dargestellt. In den Büchern des Aristophanes rüft Prometheus aus: „Wacht vor Jupiter seinem Sklaven zu: „Kümm dich nicht dieser Schirm und halte ihn über mich, damit die Götter mich nicht sehen, wenn ich der Liebe pflege.“ Im alten Rom spielte der Schirm besonders in den Theatern eine große Rolle; man fertigte damals selbst aus Frauenhaaren Schirme. Im Kaiserreich wurde der Schirm durch den Herrscher allein einen Schirm getragen. In China dagegen sind die Schirme je nach dem Stande der betreffenden Person in drei, drei oder vier Stadien unterteilt; Schirme mit vier Abschnitten dürfen nur Angehörige des Kaiserhauses tragen. Ein Chinese geht ohne Schirm aus, der vornehme aber läßt ihn sich tragen. Selbst Pferde und Elefanten werden durch Regen- und Sonnenschirme geschützt. Ähnlich verbreitet ist der Schirm in Japan und Siam. Bekannt sind die Papierchirme der Sinesen und ihr Tanz. In Siam trägt der Herrscher dagegen einen Schirm mit sieben Abschnitten, genannt Savetrayat. Als der jetzige König von England als Prinz von Wales eine Reise nach Indien unternahm, wurde man ihn nach Russlands Verzicht, um seine Würde den Eingeborenen verständlich zu machen, auf einen weißen Elefantenschnabel setzen und einen mächtigen goldenen Schirm über seinem Haupte tragen lassen. Das Londoner South Kensington Museum besitzt 20 höchst kostbare Schirme, die der Prinz von Wales beim letzten Indische Reise mit sich führte. Die prächtigen Schirme der Dogen von Venedig aus Goldblech kann man noch heute auf den Bildern Canalios, Francesco Guardi und Tiepolos bewundern.

In Frankreich waren Schirme bis Ende des 16. Jahrhunderts so gut wie unbekannt. Ihre erste Erwähnung stammt aus dem Jahre 1620. Bis dahin schützte man sich durch einen Regenmantel. Mitte des 17. Jahrhunderts wurden die Schirme in Frankreich aus Leder gemacht und durch schwere Kupferstange

Kriegsminister v. Sinesen erklärt, daß ein Gesetz über diese Materie bereits dem Bundesrat beschickt und vielleicht noch in dieser Session dem Reichstag zugehen werde. Ein bestimmter Zeitpunkt für den Abschluß der Beratungen im Bundesrat läßt sich nicht angeben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Auf Antrag des Abg. Cettler (natl.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen, indessen auf Mittwoch 1 Uhr verschoben.

Außer der Interpellation steht der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds, des Reichsrentenbonds, der Expedition nach Ostasien und die Interpellation über betr. die Stilllegung der Kohlengruben im Ruhrrevier auf der Tagesordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Schwarze Listen.

Aus Anlaß des Maurerstreiks in Rathenow versendet der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eine schwarze Liste der ausständigen Maurer, durch welche wieder einmal 125 „Nebenmenschen“ an „freiwilliger Arbeit“ gehindert werden sollen. Der Liste der Ausständigen ist ein Begleitschreiben „an die verehrlichen Vorstände der Arbeitgeber-Vereine im Deutschen Arbeitgeber-Bund für das Baugewerbe“ beigegeben, in welchem zuerst eine tendenziös verzerrte Darstellung der Ursachen des Streiks in Rathenow gegeben wird. Dann heißt es weiter:

Die Kollegen in Rathenow blühen nun alle Bauarbeitgeber um möglichste Unterstützung in dem aufgedrungenen Kampfe, bei dem es sich wieder um eine Machfrage der Arbeitnehmer handelt, denn ohne Beteiligung des Herrn Silberstein wäre es nach Ansicht der Arbeitgeber bei dem bewilligten Stundenlohn von 48 Pfg. sicher zu einer friedlichen Einigung gekommen.

Wir bitten auch in diesem Falle alle Vereine und Bauarbeitgeber, ernstlich bemüht zu sein, die aus dem Streikgebiet kommenden Maurer nicht zu beschäftigen resp. schleunigst wieder zu entlassen, auch ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in gleichem Sinne auch bei den Nichtmitgliedern verfahren wird.

Arbeitsstellen sind ferner die weiteren Orte an, in denen dieser Art von Besetzung der vorstehenden Grundzüge.

Die Maurer streiken in Anklam und Franzburg-Richtenberg (Prov. Pommern); Auzich, Einbeck, Bremerhaven, Geestemünde-Behe (Prov. Hannover); Grabow (Mecklenburg-Schwerin); Driesen, Regin, Rathenow, Wansee (Prov. Brandenburg); auf der Insel Rügen; Berst in Anhalt; Segerberg (Schleswig-Holstein).

Ausgesperrt sind die Maurer in Marne, Preeß, Steinbeck-Schiffbed (Schleswig-Holstein) und die organisierten Maurer in Darß (Prov. Sachsen).

Die Zimmerer streiken in Gabelsch, Grabow (Mecklenburg-Schwerin); Dicksloe (Schleswig-Holstein), Geestemünde-Bremerhaven-Behe (Prov. Hannover), sowie die zentralorganisierten Zimmerer in Düsseldorf; Wansee (Provinz Brandenburg).

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Goldenstedt bei Nalch (Prov. Hannover); Bah, Stepenitz (Prov. Pommern); Reuenburgi. Westpreußen; Steinbeck-Schiffbed (Schleswig-Holstein).

Die Bauhandwerker streiken in Königsberg in Pr., Bremerhaven-Geestemünde-Behe.

Das Schreiben ist datiert: Berlin, 12. April 1904. Die Liste der 125 Maurer enthält Namen, Geburtsdatum und Ort. Die Leute sind genau gekennzeichnet; sie sind vogelfrei und könnten verhungern — wenn nicht Arbeitgeber vorhanden wären, die den Befehlen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe keine Folge leisten.

Die Maßnahme kennzeichnet wieder einmal treffend den Terrorismus, den die Arbeitgeber anwenden, wenn sie die Arbeiter-Organisationen niederringen wollen. Sie dürfen sich gratulieren, daß an dem einmütigen Widerstand der Arbeiter jenes Gesetz gescheitert ist, nach dem „jeder, er möge heißen, wie er will, oder sein wer er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine

Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, mit Buchhaus bestraft werden soll.“

Wenigerwert ist auch, daß eine Reihe von Ausperrungen wie in Königsberg, Bremerhaven, Geestemünde und dergleichen konsequent als Streiks bezeichnet werden. Die organisierten Arbeitgeber wollen zwar nicht auf ihre Kampfsmethode verzichten, aber sie üben sie ins Harmlose um, was sogar einen gewissen Respekt vor der öffentlichen Meinung verrät. In diesem Fall ist er aber unangebracht. Die schwarze Liste ist ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und die Mitglieder des Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe werden sich doch wohl an der Methode der Ausperrungen nicht stoßen. Oder sollte der Bund in dieser Hinsicht selbst seiner Mitglieder nicht ganz sicher sein und eine geringere Wirkung seiner schwarzen Listen befürchten, wenn er mitteilt, daß die in Beruf erklärten Arbeiter zum größten Teil durch die Arbeitgeber selbst ausgesperrt wurden?

Auch die Crimmitschauer Ausgesperrten sollen weiter hungern und weiter durch ganz Deutschland gehetzt und verfolgt werden. So will es das fromme Unternehmertum der Textilindustrie des Machner Gebiets. Etwa 400 Arbeiter sind noch ausgesperrt. Eine Anzahl davon hat sich vorige Woche nach dem Rheinland begeben, um dort Arbeit zu finden. Doch ihre Mühe soll vergeblich sein. Die „Reipziger Volkszeitung“ ist in der Lage, das folgende vertraulich verhandelte Zirkular der Deffenlichkeit preiszugeben: Vereinigung der Webereibesitzer von Nalch, Cuppen u. Umgegend. Vertraulich. Nalch, 14. April 1904.

An die Herren Mitglieder! Wir halten es für angezeigt, Sie umgehend von einem heute eingegangenen Schreiben des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie zu Nalch in Kenntnis zu setzen, wonach laut zuverlässiger Mitteilung aus Crimmitschau gestern eine Anzahl Weber, die sich während des vorigen Streiks als Agitatoren und Missetäter hervorgetan haben und deshalb nicht wieder eingestellt wurden, nach Nalch abgereist sind, um in hiesigen Betrieben in Stellung zu treten. Im eignen Interesse der Mitglieder dürfte es liegen, bei Annahme neuer Arbeiter möglichst Vorzicht walten zu lassen.

Geschäftsboll Vereinigung der Webereibesitzer von Nalch, Cuppen u. Umgegend. J. A.: Dr. Willendorf, 1. W.

Die Machner Textilindustriellen sind durchweg stramme Zentrumsanhänger und echte Katholiken. Das hindert sie nicht, mit dem übrigen Ausbeutertum Hand in Hand die Crimmitschauer Weber in den Hungertod zu hetzen. Aber einmal an den Sklavenketten zu rütteln gewagt hat, der soll für sein Leben verurteilt und verfolgt werden. So will es nicht nur das „liberale“, sondern auch das katholische Unternehmertum. So übersetzt diese Geuchlergesellschaft das oberste Gebot der christlichen Lehre, die Nächstenliebe, in die Praxis. —

Provinz und Umgegend.

Groß-Ostleben, 19. April. (Mittag, Fabrikarbeiter.) Am die am Donnerstag den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Strumpffabrikale hier selbst stattfindende öffentliche Versammlung aller in Fabriken beschäftigten Personen sei hiermit noch einmal hingewiesen (siehe Inserat). Die übrigen hiesigen Gewerkschaften werden gebeten, die Agitation des Fabrikarbeiterverbandes zwecks Gewinnung neuer Mitglieder nach Kräften zu unterstützen. —

Saale, 20. April. (Wollen die Herren noch ein Nänzchen wagen?) Die nächste Gemeinde-Vertreterwahl findet statt am Freitag den 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Landhaus“. Die Tagesordnung umfaßt 5 Punkte, davon wird besonderes Interesse erwecken der Punkt 4: „Einspruch gegen die Gültigkeit der letzten Gemeinde-Vertreterwahl“. Der Punkt ist unterzeichnet von dem Eisenbahnwerkführer Gramms und dem Königl. Eisen-

er in Contumaciam (gemeint war Konkubinat). Vermögensverhältnisse hat derselbe keine. —

Wacht wider Wurst. Ein Vater kommt zu einem bekannten Wadermeister, um ihm den Sohn als Lehrling anzubieten. Man ist bald einig; aber am Schluß forscht der Meister: „Sagen Sie, hat Ihr Sohn auch das Einjährige-Beugnis?“

„Das — — nein, das hat er nicht. Wozu auch?“

„Ja, da tut mir's leid; ich nehme nur Lehrlinge mit dem Einjährigen-Beugnis auf!“

„Ach, da muß ich etwas andres suchen. Grüß Gott!“

Und der Vater macht die Tür zu. — Nach einigen Jahren besuchte der Vater denselben Meister.

„Ich habe gehört, Sie brauchen wieder einen Lehrling. Mein zweiter Wube wäre jetzt so weit, um in die Lehre gehen zu können, und er will Wader werden; er hat auch das Einjährige-Beugnis.“

„Sol Das trifft sich ja herrlich. Abgemacht, er kann vom 1. April ab bei mir eintreten.“

„Nicht so, ganz recht! Nur hätte ich diesmal etwas zu fragen.“

„Bitte, bitte!“

„Sagen Sie mal, sind Sie Reserve-Offizier?“

„Reser — —, nein — — das bin ich nicht! Wozu denn auch?“ fragt der Meister.

„Ach, da tut mir's diesmal leid. Sehen Sie, ich gebe meinen Wuben und Einjährigen in spe nur einem Reserve-Offizier in die Patsche! Grüß Gott.“

Und verließ ihn zur selbigen Stunde. —

Epithetisches aus Barcelona. Die spanische Zeitung „La Opinion de la Provincia“ berichtet aus Barcelona folgende Gaunerstücke: Dem Besitzer eines Geschäftes für photographische Apparate ist auf folgende neue Art ein Apparat im Werte von 600 Psetas gestohlen worden. Der Gauner vom c/s Käufer in den Laden, betrafte den betreffenden Apparat von allen Seiten und sprach die Absicht aus, ihn zu erwerben. Daraus fragte er, ob man mit dem Objekt gute Momentaufnahmen auf größere Distanz machen könne.

„Das will ich incinen! Auf jede beliebige Distanz!“ antwortete der Geschäftsinhaber.

„Gibt es so?“ erwiderte der andre, indem er sich mit dem Apparat in den Händen einige Schritte entfernte.

„O, noch weiter weg geht's auch!“

Der Diebhaberphotograph stellte sich in einiger Entfernung auf die Gasse und rief zum Ladenbesitzer herüber: „Und so?“

„Sie können getrost noch weiter weggehen!“ rief der Händler, stolz auf die Qualität seiner Artikel. Der Kunde begab sich in der Tat noch weiter hinweg, aber so weit, daß man bis heute in dem Laden vergeblich auf seine Rückkunft wartet. —

zusammengehalten; ein solcher Schirm wog mehr als drei Pfund. In der Regenzeit wird seine Verbreitung allgemeiner und zugleich seine Form leichter und grazioser. Auf einem Gemälde Charles Lebruns ist der Kängler Pierre Seguir im Jahre 1880 zu Pferde in Rouen einreitend mit einem Schirm dargestellt. Der Schirm wurde damals aus Taffet oder Leinen gemacht, und zwar von den Pousfiers. Er wurde nun allgemein getragen, galt aber hoch als ein Zeichen, daß man keinen eignen Wagen hatte. In England war der Schirm im 17. Jahrhundert noch so gut wie unbekannt. Ein Ranzier war nötig, um den Schirm in England einzuführen, Sir Jonas Hanway war es, der in London vom Jahre 1750 ab niemals ohne Schirm ausging; man warf mit Steinen nach ihm, aber er ließ sich nicht irre machen, und als er 1786 starb, hatte er die Genugthuung, zu sehen, daß der Schirm in England eingeführt war. Nach der Revolution wurde der Schirm auch von dem „vierten Stande“ angenommen und der große Reichthum der Höflichkeit kam auf. Zugleich wurde der Schirm bei den vornehmen Ständen mehr und mehr zu einem Bijou. Von 1808 bis 1850 wurden in Paris 100 Patente auf Schirm-Neuheiten ausgegeben (z. B. ein Schirm, der sich selbst öffnet und schließt und den man in den Vernehl stecken kann). In jenem Essay über den Schirm und Stod zählt Renee Marie Caqal 1844 den Regenschirm, Stragenschirm, den Schirm für den Landaufenthalt, den Gartenichim, den Waderschirm, den Regenschirm und den Reitschirm auf. Zugleich wurde der Schirm zu einem Mittel der Dekoration. Ähnlich wie der Fächer. Caqal sagt von ihm: Von der Ferne loht der Schirm durch seine Farben, in der Nähe misstraut er neugierigen Blicken und weißt Aufdringlichkeit zurück, aber welches süße Lächeln spielt unter seinem Dome, welche ausdrucksvollen Kopfbewegungen und magischen Blicke schüßelt er gegen Jndiskretion und Eiferjucht und welche Erregungen kann er unter seinem leichten Himmel verbergen. —

Weiteres aus der Gerichtspraxis. Aus München schreibt ein höherer Richter u. a.: In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde vom damaligen Landgericht B. eine Zahlung der im Bezirk vorhandenen Gengste vorgenommen. Der Gemeindevorsteher v. B. berichtete: „Gengst befindet sich in diesseitiger Gemeinde keiner mit Ausnahme des Herrn von Pirsch, welcher aber inzwischen gefallen ist.“

Sendarm L., der an der Straße ein großes hölzernes Krugh hierüber erlittene Anzeige mit dem Inhalt: „Einen überbelegten Hergott betreffend.“

Ein in den Einträgen des bayerischen ehemaligen Bezirksgerichts B. befindliches Vermögens- und Vermögenszeugnis lautet: „Sein Vermögen ist talentvoll und betrogen; doch lebt

Hahn-Waunpeter Oppermann. Das ist deutlich. Ebenso spricht es für sich, daß man gegen die Wahlen der 1. und 2. Klasse keinen Protest eingelegt hat. Da die Wahl nicht so ausgefallen ist, wie es verschiedene Herren gewünscht haben, so wird nun der Versuch gemacht, die Wahl abermals zu beanstanden. Man kann neugierig sein, mit welchen gewichtigen Gründen man diesmal herausbringt wird. Unnötig zu sagen, daß unsre Gewissen dem Protest kühl bis ans Herz hinan entgegensehen.

Egeln, 19. April. (Versammlung.) Am 23. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zu den drei Kronen“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Frau Luise Biese aus Gamburg sprechen wird. Zu dieser Versammlung sind namentlich die Frauen eingeladen. (Siehe auch Inserat.)

Halberstadt, 20. April. (Gesellenstück-Prämien.) Auf dem hiesigen „Schützenwall“ fand eine Gesellenstück-Ausstellung statt und zwar von solchen Gewerben, welche der Zwangsbindung angehören. Die ausgestellten Arbeiten der Fortbildungsschüler beweisen, daß rechtliche Mühe und Fleiß walten. Wie es aber mit der Ausbildung in der Werkstatt aussieht, darüber steht manches auf einem andern Blatt. Die meisten Kleinmeister beschäftigen fast nur Lehrlinge, da muß der eine den andern antun. Bei der Eröffnung wurden natürlich schwungvolle Reden gehalten, sogar der Regierungspräsident von Magdeburg war anwesend und versprach, dem Handwerk zu „helfen“. Als Prämien wurden außer den Diplomen 15 Sparschneidbücher mit je 6 Mark verteilt. Auch der Minister für Handel und Gewerbe hat für die besten Leistungen 150 Mark bewilligt. Dieselben sind auf 15 Staatspreise à 10 Mark verteilt. Somit hat die Ausstellung ihren Schluß erreicht. Wie lange wird es noch dauern, dann hat das Großhospital den letzten Rest des Handwerkerturns verschlungen?

Halle, 20. April. (Fonds zur Bezahlung begangener Dummheiten.) Der Magistrat läßt zum Stad. Er beschloß, bei der Staatsbankrottierung die Strafverfolgung des Genossen Stadts. Ziele zu beantragen, weil dieser gesagt hat, es wäre angehtlich der wiederholten Differenzen, in welche die Stadt auf Grund der von ihr abgeschlossenen Verträge geraten sei, schon besser, die Stelle eines Stadtschreibers werde eingezogen und aus dem erparten Gehalt ein Fonds gesammelt, aus dem begangene Dummheiten bezahlt werden könnten. Gleichgültig hat er das „Vollblatt“ verklagt, weil es die Versicherung niedergegeben hat. — Man kann nicht sagen, daß Magistrats damit imponiert.

Halle, 19. April. (Die Ärzte können auch anders.) In der Versammlung der Ortskrankenkasse wurde, um die Kasse in die Lage zu versetzen, den Forderungen der Ärzte gerecht werden zu können, ärztlicherseits das Versprechen gegeben, die Rezeptur möglichst einzuschränken, um dadurch der Kasse unnötige Ausgaben zu ersparen. Das Rezeptverschreiben der Ärzte erscheint hier in einem höchst sonderbaren Licht. Entweder ist's in dem Umfang nötig, wie es bisher geschah, dann wäre eine Einschränkung eine gefährliche Schädigung der Kranken. Oder aber es ist nicht nötig, dann war's aber ebenso wenig früher nötig und nützlich, höchstens für die Apotheker.

Quedlinburg, 20. April. (Das Kreisblatt) muß bereits heute seine Anzemperei gegen das Restaurant „Vorwärts“ klemmlaut zurücknehmen. Der Wirt, Genosse Fritz Rasch, zwingt das obde Organ für „Wahrheit und Recht“, folgende Berichtigung zu bringen:

Dem vorgenannten Gast (dem bekannten Herrn Jde) habe ich mein Lokal seit circa 2 Jahren wegen wiederholter Nuschelungen verboten, derselbe war mithin nicht berechtigt, das Lokal zu betreten. Als ich Jde aufforderte, das Zimmer zu verlassen, schlug er mich, so daß er mit Gewalt entfernt werden mußte. Das Jde mißhandelt ist, ist unwahr; ich habe gegen denselben Strafantrag gestellt. Fritz Rasch.

Vielleicht trägt dieser kleine Dämpfer dazu bei, das Kreisblatt künftig von den verlogenen Verunglimpfungen abzuhalten. Sogar es ist ein Kreisblatt.

Schönebeck, 20. April. (Zur Feste gegen die Gemein-same Ortskrankenkasse.) Aus Einwohnerekreisen werden wir um Aufnahme folgender Zeilen gebeten:

Dem Herrn Redakteur, Buchdruckereibesitzer, Stadtverordneten, Mitglied der Feuerwehr usw. scheint es gewaltig in die Wieber gefahren zu sein, daß sich Sozialdemokraten herausnehmen, von gesetzlich garantierten Rechten Gebrauch zu machen. Nach der Meinung Hirschselders gehören Sozialdemokraten in aus öffentlicher Wahl hervorgehende Kreise nicht hinein, sie sind minderen Rechts, Bürger zweiter Klasse. So schimpft er denn wie ein Rohrpaß, wenn sich die mit Sozial in öffentlichen Angelegenheiten rühnen, derweilen sein Faktor und andre Helben gemächlich — zusahen. Die „Vollstimme“ hat ja den Herrn bereits ab absurdum geführt, und obwohl wir wissen, daß es ihm ein un-leidlich Ding ist, wenn sein Name in der „Vollstimme“ prangt, so muß er doch noch einmal daran, wir können ihm den Verger nicht ersparen.

Auf seine Anrempelungen in der Stadtverordneten-Sitzung vom 20. Februar war sich der gesamte Ratsvorstand darin einig, daß diese Ausfälle unwahr seien und zurückgenommen werden müssen und beschloß einstimmig, Herrn Hirschselder auf Grund des Brei-gejezes zu erlösen, die Antwort der Verwaltung der angegriffenen Klasse in seinem Blatt aufzunehmen. Der Herr ist das nicht, verstand sich vielmehr hinter „an angeblichen“ „Form-schleier“, um so den nun unbehaglich gemordeten angegriffenen Teil totzuschweigen. Eine feine Manier! Und wie sah der Formschleier aus? Man hatte vergessen, den Mann bei seinen Titeln — er hat deren etwa 50 viel wie der Rang-ki-po in der Operette „Mikado“ — zu nennen! Da nun Hirschselder in seiner „offenen, ehrlichen“ Kampfesweise die Aufnahme der Ab-wehrantwort verweigerte, so beschloß der Vorstand wiederum ein-stimmig, eine Eingabe an das Stadtverordneten-Kollegium zu richten, um so die von Unwahrscheinlichkeit und Unkenntnis strotzenden Angriffe zurückzuweisen. Wie man mit dieser Eingabe umge-sprungen ist, wissen unsre Leser schon. Wir sind jedoch gezwungen, einiges Draufschreiben noch hervorzuheben.

Der Geheimrat Dr. Boden sekundierte wie immer in solchen Fällen seinem treuen Hirschselder, handelte es sich doch um Zeit und mit Sogis. Der Grimm kam über ihn, dem Begehre seiner Fährne entschloßte der Sag: „Das Opus strotze von Beleidigungen, sachlich hat Stadtverordneter Hirschselder die Frage am 29. Fe-bruar behandelt.“ Merkwürdig! Weshalb bezeichnet man denn die „Beleidigungen“ nicht näher? Weshalb? Alle stiftliche Ent-rüstung und das Schwerten des roten Lappens ändern nichts an der Tatsache: Das „Opus“ enthält die Wahrheit und bedeutet des-halb eine Niederlage für Hirschselder. Letzterer versuchte sodann den Vorsitzenden der Kasse, Herrn Fabrikbesitzer A. R. Kühn, und das Vorstandsmittglied Herrn Maurermeister Waschmann scharf zu machen. Ohne Erfolg! Die Herren sind objektiv, so vorurteilsfrei, um den bombastischen Wraufen Hirschselders Gehör zu schenken, geschweige denn, seine Wünsche zu erfüllen. Es sei die Tatsache hier nochmals konstatiert: Die größte Einmütigkeit herrscht im Vorstand der Kasse, Arbeitgeber und Arbeitnehmer achten sich gegenseitig und arbeiten freudig gemeinsam. Deshalb machte auch der Vorsitzende Herr Kühn die Ausführungen des „Opus“ zu den seinigen. Solches geht natürlichertweise über das Begriffsvermögen eines Hirschselder, der ihn dafür wieder öffent-lich herabzusetzen versuchte.

In Nr. 88 seines Blättchens kommt Hirschselder zum dritten Male mit der fausthiebigen Unwahrheit: „Der Einfluß des Vor-sitzenden Herrn Kühn sei in prinzipiellen Fragen gleich Null.“ Unnötig, auch das noch zurückzuweisen. In Nr. 88 und 90 des Blättchens wird sodann der Druckarbeiten Erwähnung ge-tan und blindlings wie immer behauptet Hirschselder drauf los, „man sei bestrebt gewesen, die „Vollstimme“ mit Aufträgen zu

segnen.“ Das ist, wie auch die „Vollstimme“ schon angemeldet, direkt gelogen. Wahr ist vielmehr folgendes: Es sollten von der Druckerei Franz Wetzig, Magdeburg, eine „Druckerei“ „Voll-stimme“ gestiftet einsteilen — leider — noch nicht, lief eine solche ein. Der Vorsitzende hatte durchaus nicht nötig, „mit Mühe zu verhandeln, daß die „Vollstimme“ die Aufträge erhielt.“ Die Druckerei Wetzig war der Kasse in diesem Fall zu teuer, man schaltete deshalb diese Firma ohne weiteres aus; die Aufträge de-tam Johann Buchdruckereibesitzer Heinsmann-Schönebeck.

Darüber müht nun der Chef des „Tageblatt“ in allen Tonarten! Das ist doch sehr durchsichtig! Aber der Mann mit den vielen Titeln ist auch sehr naiv! Glaubt er etwa, daß, wenn er fortgesetzt das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen wie der ärgste Scharfmacher antastet, daß dann die sozialdemokratisch gesinnten Vertreter und Vorstandsmittglieder ihm zum Dank dafür bedot die Druckarbeiten zu flühen legen? Die „Vollstimme“ hat ins Schwärze getrocknet. Und damit er das nicht einmal abzu-leugnen versucht, erinnern wir ihn hiermit an Folgendes: Hat Herr Hirschselder bereits begreifen, was er in einer schwachen Stunde zwei Herren gegenüber erklärt hat: „Sie sind bloß daran schuld, daß ich die Arbeiten nicht mehr bekomme!“

Nun mag Hirschselder mit sieben Beiratsmitgliedern gegen uns wettern.

Schönebeck, 20. April. (Zur Beachtung.) Am Donner- tag, abends 8 Uhr, findet im „Bürgerhaus“ (Saal) unser Diskutier- abend statt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei der großen Hitze, die dieser Tage herrscht, sind in der Umgegend von Erfurt meh-rere Fälle von Hirschseldern vorgekommen. In Schmira wurde der Ge-meindebetreuer und in Hochheim der Wächter von einem solchen ge-troffen. Beide Männer liegen hoffnungslos daneben. — Der Ar-beiter Fritz Propst, der im Strafgefängnis zu Gommern eine Freiheitsstrafe verbüßt und am 18. d. Mts. von der Außenarbeit entlassen war, wurde an demselben Tage abends in Magdeburg ergriffen. — Festgenommen wurde auf der Wobbebrücke in Sta-hfurt der Fleischermeister W. wegen säumiger Zahlung seiner Schulden. — In Salbe a. S. wurde der jährige Knabe Karl Weiler, Sohn des Arbeiters Hermann Weiler, von einem Kalführer in der Schloßstraße, als er zwischen zwei entgegenkommende Wagen durchgehen wollte, angefahren. Der Knabe erlitt schwere Verletzungen an Oberarm und Brust. — Gestern früh stürzte vom Stabs-gebäude des Kasernen-Neubaus in Stendal ein Dachbinder und erlitt außer einem Armbruch schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte mußte, wie bürgerliche Mütter berichten, über eine Stunde liegen. (1) ehe die notwendige Hilfe geleistet werden konnte. Verbandskasten und Verbandzeug schienen auf dem Platze nicht vorhanden zu sein! — Gestern extrahierte sich der Maschinen-bauer Hermann Geise in Merseburg in der Saale.

Gerichts-zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 16. April 1904.

Die Handelsleute Otto Grote und Frau, beide aus Ven-nedienstein, betrieben ein Hausiergeschäft, wobei sie mehrfach Ver-trügereien verübten. Ihre Lieferanten wurden im Betrage von 16 000 Mark geschädigt. Das Urteil lautet für jeden auf 6 Wochen Gefängnis.

Vom Schöffengericht in Quedlinburg und vom Landgericht in Halberstadt wurde der Wilderreisende Carl Herz aus Berlin wegen Betrugs zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die letzte Instanz hob das Urteil auf und die Sache wurde an das hiesige Landgericht zurückverwiesen. Heute wurde der Angeklagte freige-lassen.

Vom Schöffengericht zu Halberstadt wurde am 10. Dezember 1903 der Arbeiter August Genesewitz aus Halberstadt wegen Körperverletzung in drei Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In der heutigen Berufungsverhandlung wird die Strafe auf 6 Monate und 8 Tage ermäßigt.

Das Schöffengericht zu Egeln verurteilte am 10. März d. J. den Invaliden Valentin Springer aus Egeln wegen Unter-schlagung von 1875 Mark zu 5 Tagen Gefängnis. Heute wurde wurde er freigesprochen.

Militär-Justiz.

Gibt militärische Gerechtigkeit! Zwei für die militärische Rechtspflege charakteristische Urteile hat das Kriegsgericht der 2. Division in Augsburg gefällt. Der Unteroffizier Georg Weber der 11. Kompanie des 15. Infanterie-Regiments in Neu-burg hat in 16 Fällen Soldaten schwer beleidigt und bedroht, wiederholt einem Soldaten den Gewehrkolben auf die Brust ge-stoßen und einmal einem Untergebenen eine Ohrfeige gegeben, daß diesem der Helm davonlag. Ferner hat der Unteroffizier die Soldaten zu bestimmen versucht, die Meldung zu unterlassen. Ur-teil: 14 Tage Mittelarrest. — Am 29. Januar ergreift die Hebung leitende Offizier sprach einen Soldaten wegen eines Fehlschritts an, nannte dabei aber einen falschen Namen. Darauf trat der zu Unrecht Ungerechtes vor und sagte: „Entschuldigen Sie, Herr Leutnant, das war nicht ich, sondern der R. R.“ Urteil: Wegen Achtungsverletzung 28 Tage strengen Arrest.

Schutz den Soldatenschildern! Das Kriegsgericht der 16. Division hatte einen wegen Mißhandlung Untergebener oft vorbestraften Sergeanten des Infanterie-Regiments 161 in Erier zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Es heißt in der Anklageschrift, daß der Sergeant die Untergebenen bei jeder Gelegenheit mißhandelt habe; er schlug sie mit dem in der Scheibe stehenden Seitengewehr auf den Kopf und mit der Kloppe über Kopf und Rücken. Infolge der Miß-handlungen, die er durch den Sergeanten zu erdulden hatte, ver-suchte ein Wundkrieger sich das Leben zu nehmen, konnte aber noch gerettet werden. Infolge des Reumundungsgewisses, das der Hauptmann und der Feldwebel dem Sergeanten ausstellten, hob das Kriegsgericht das Urteil bezüglich der Degradation auf. Nach drei Monaten kann der Soldatenschilder also weiter seines Amtes als Sergeant walten und weiter wehrlose Soldaten in den Tod treiben. Daß der Mensch das Quälen Untergebener für die Folge unrichtig, ist ganz ausgeschlossen. Diese Strafe wird be-nötigen wenig fruchten, wie die vielen Vorstrafen. Das Kriegsgericht hatte deshalb auf Degradation erkannt als das Mittel, dem Ser-geanten die weitere Möglichkeit zu Soldatenschildereien zu nehmen.

Es giebt nur ein Vorbild! Aber ein wenig Ehrerung trieb auch, so schreibt man der „Vollstimme“ in Frankfurt aus Leipzig, der Hauptmann Gustav Theodor Wagner vom 107. Infanterie-Regiment in Leipzig mit der Frau eines Kauf-manns und zugleich mit deren 18-jährigen Tochter in Leipzige-Plagwitz. Weil der Kaufmann über Ehe und Eitelkeit noch etwas veraltete Anschauungen hat, schrieb er dem Hauptmann einen Brief, durch den sich dieser so schwer beleidigt fühlte, daß er den Kaufmann durch den Hauptmann Schuster vor seine Wirtin laden ließ. Dieser folgte aber der Einladung nicht, sondern zeigte den Hauptmann Wagner wegen Herausforderung zum Duell an und so hatte sich dieser mit seinem Kameraden wegen Heraus-forderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen bezw. Kartell-tragens vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Die hinter-lassenen Kästen wurden geführte Verhandlung — auch die

Urteilsbegründung war nicht öffentlich — verließ für die letzten Etappen von Thron und Altar recht glanzvoll. Der Hauptmann Wagner erhielt 14. der Kartellrichter, Hauptmann Schuster, am 1. Tag Festungshaft.

Literarisches.

Meyers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 148 000 Artikel und Verweisungen auf über 18 240 Seiten Text und auf über 1400 Illu-strations tafeln (darunter etwa 190 Farbendrucktafeln und 300 selbständige Kartenbeilagen) sowie 180 Textbeilagen. 20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.)

Von Meyers Großem Konversations-Lexikon gelangte soeben der 4. Band zur Ausgabe, welcher die Stichwörter „Erbesen bis Franzosen“ umfaßt. Wie diese beiden Wörter schon grundverstehe-nen Gebieten angehören, so sind die dazwischen liegenden Stich-wörter aus so mannigfaltigen Materien, daß tatsächlich für jeder-mann etwas darin geboten wird. Wir können hier selbstverständ-lich nicht die Stichwörter der Reihe nach aufzählen und müssen uns mit einigen Proben behelfen, um die Vielseitigkeit der weltbekann-ten Enzyklopädie darzutun. Mit unserm lieblichen Wohl und Wehe beschäftigen sich die Artikel „Erziehung“, „Erläuterung“, „Er-nährung“, „Ernährungstherapie“, „Erkennung“, Welche Schutzmit-tel vor Feuergefahren und zur Verfügung stehen, erklären die Artikel „Feuerlöschmittel“, „Feuerschutz“, „Feuerprävention“, denen zwei erläuternde Tafeln beigelegt sind. In das Gebiet der Haus- und Landwirtschaft führen uns die Abschnitte „Ernte“, „Fischerei“, „Fleischwirtschaft“, „Forstwirtschaft“. Allgemeines Interesse erweckt der Artikel „Europa“, der auf 17 Seiten alles Wissenswerte über unsern Erdteil bringt, während 6 Karten die politische Ein-teilung, das Fluß- und Gebirgssystem, das Klima, die Völker- und Sprachenverteilung und die Bevölkerungs-dichtigkeit uns vor Augen führen. An weiteren Artikeln aus der Geographie und Weltkunde erwähnen wir noch „Erdkunde“, mit zwei Karten und einer Vorredertafel; „Geographie“, „Erft“, „Erzgebirge“, „Estimo“, „Etiland“, „Eturium“, „Euphrat“, „Finnland“, „Fländern“, „Florenz“, „Frankfurt a. M.“, „Frankreich“. Der letzte Sammelartikel umfaßt auf 63 Seiten 84 Abschnitte, die bis auf die neueste Zeit ergänzt sind, sogar Er-eignisse des Jahres 1904 finden sich schon verzeichnet. Daß die Tech-nik durch eine große Anzahl von Abhandlungen vertreten ist, dürfte bei dem ständigen Fortschritt auf diesem Gebiet selbstverständlich erscheinen. Von größeren Abschnitten erwähnen wir nur „Fah-rad“, mit zwei Tafeln, „Fahrabbau“, mit zahlreichen Textabbil-dungen und einer Tafel, „Färberei“, „Feldbahnbahnen“, mit zwei Tafeln, „Fernmeldeapparat“, „Fernrohre“, „Fenstermacher“, mit zwei Tafeln, „Filtrieren“, „Fischzucht“, „Fördermaschinen“, mit zwei Tafeln. In das große Reich der Natur führen uns die Artikel „Erdbildung“, „Erle“, „Erzlagereisen“, „Eulen“, „Farne“, „Fische“, „Fischerei“, „Fiedermäuse“, „Fortpflanzung“, denen fast durchgehends Bildertafeln beigegeben sind. Fragen von allgemeinem Interesse behandeln die Artikel „Evangelischer Bund“, „Griechenland“, „Gimnastik“, „Glagge“, „Hortenvereine“, „Hortbildungsschulen“, „Hortschrittspartei“. Daß auch dieser Band der neuen Auflage durchgehends neu bearbeitet und bedeutend erweitert ist, beweist wohl schon die Zunahme von 26 Tafeln.

Vereins-Kalender.

Arbeiter-Gesangverein Duden. Übungsstunde jeden Don-nerstag abend 8 1/2 Uhr im „Talia“. Dasselbst Wusli, neuer Mitglieder.
Abt.-Ratf. Verein Magdeburg, Abt. Stern, Sudenburg. Jeden Donnerstag Saaljahre u. Kujammen. in der „Herbst-Bierh.“
Schönebeck. Volksverein. Donnerstag den 21. April, abends 8 Uhr, Vesp. u. Diskutterabend im „Bürgerhaus“.
Burg. Mundharmonika-Klub „Einigkeit“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Chr. Siemens, gegen.

Marktberichte.

Magdeburg, 19. April. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 167—170, mittel 162—166, gering bis 140, do. Kolben, Sommer, gut 174—177, do. Drauf, gut 169—166, do. ausländischer gut 173—183. Roggen inländischer gut 130—132, mittel 127—129, gering bis 120. Erste hiesige Schevaliers gut 150—165, mittel 142—148, Landgerste gut 138—145, mittel 133—137, ausländische Futtergerste gut 105—110. Hafer inländischer, gut 127—130, mittel 122 bis 124, gering bis 115. — Weizen runder gut 113—116, amerikanischer bunter gut 115—117. — Erbsen, hiesige Victoria, gut 175—185, mittel 160—170, do. gelbe Folger gut 180—195, mittel 165—175.

Viehmarkt.

Magdeburg, 19. April. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 197 Rinder, 215 Kälber, 159 Schafvieh etc., 1061 Schweine. Be-zahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 36—38, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 33—35, c) mäßig genährte junge und ältere 30—32, d) gering ge-nährte jeden Alters 28—29, e) Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 35—37, b) vollfleischige jüngere 30—32, c) mäßig genährte jüngere und ältere 29—31, d) gering ge-nährte jüngere und ältere 25—28, e) Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 30—32, b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 29—31, c) mäßig ge-nährte Kühe und wenig gut entwidelte jüngere Kühe und Färsen 25—28, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 20—25, e) gering genährte Kühe und Färsen 18—21, f) alte, als Fleisch-schlachtvieh 18—20, g) gemästete Hammeln 30—32, h) mäßig genährte Hammeln 25—28, i) ältere Masthammel 29—30, j) mäßig genährte 25—28, k) Schweine: (mit 20 Prozent Tara) a) vollfleischige 47, b) fleischige 45—46, c) gering entwikelte 43—44, d) Sauen und Eber 35—42, e) 40—42, f) 40—42, g) 40—42, h) 40—42, i) 40—42, j) 40—42, k) 40—42, l) 40—42, m) 40—42, n) 40—42, o) 40—42, p) 40—42, q) 40—42, r) 40—42, s) 40—42, t) 40—42, u) 40—42, v) 40—42, w) 40—42, x) 40—42, y) 40—42, z) 40—42.

Wasserstände.

Ort	17. April	18. April	19. April	20. April
Barby	+ 1.35	+ 1.56	—	—
Branze	+ 1.32	+ 1.54	—	—
Belmitz	+ 0.97	+ 1.19	—	—
Wilmich	+ 0.98	—	—	—
Wuffig	+ 1.80	+ 1.85	—	—
Dresden	+ 0.06	+ 0.30	—	—
Zorgau	+ 2.19	+ 2.78	—	—
Wittenberg	+ 2.80	+ 2.78	0.02	—
Wörlitz	+ 2.37	+ 2.31	0.06	—
Barby	+ 2.55	+ 2.65	0.08	—
Schönebeck	+ 2.39	+ 2.31	0.08	—
Magdeburg	+ 2.18	+ 2.20	0.02	—
Tangermünde	+ 3.38	+ 3.25	0.08	—
Wittenberge	+ 2.92	+ 2.88	0.04	—
Wörlitz	+ 2.42	+ 2.43	—	—
Sauenburg	+ 2.40	+ 2.40	—	—

Über den modernen Arbeitsvertrag aufmerksam gemacht. Lokal: „Dreikaiserbund“. Beginn: 8 1/2 Uhr. Verbandsbuch legitimiert.

Die Firma O. Kraag, Fuhrgeschäft, besitzt eine Schmiede, in welcher bis zum 28. Januar d. J. drei Schmiede, einer seit 6, der andere seit 7, der dritte gar seit 15 Jahren beschäftigt waren. Am obigen Tage wurden diese unter dem Vorwande entlassen, daß die Schmiede aufgegeben werde. Obgleich die Leute mit bitteren Gefühlen die Städte verließen, wo sie so lange Jahre zugebracht hatten, sagten sie sich doch, daß unter solchen Umständen natürlich nichts anderes von der Firma zu erwarten sei. Ein sehr gutes Zeugnis über Führung und Leistung bekamen die drei verheirateten Leute mit. Sie mußten jedoch nach kurzer Zeit erfahren, daß neue Leute eingestellt wurden, daß das Aufgeben der Schmiede nur ein Mandier gewesen war, um die Schmiede los zu werden, die im vergangenen Jahre die Hauptschuld daran trug, daß den so jammervoll bezahlten sogenannten Leichen- und Staatskutschern der Dohn aufgebessert wurde. Die ersteren erhalten pro Woche 15 Mk. Dohn, letztere pro Monat 40 Mark. Es ist ganz natürlich, daß solche Leute auf die Trinkgeldbettelei angewiesen sind, die jedoch mit dem Charakter so manchen Mannes nicht vereinbar ist. Die Kutscher verlangten deshalb eine anständige Bezahlung, und dabei wurden sie von den Schmieden unterstützt. Deshalb die Entlassung. Die Gesellschaften und Vereine, welche jetzt an die Arrangierung von Omnibusfahrten u. dergl. denken, werden sich bei der Auswahl der Fuhrgeschäfte hoffentlich dieser Maßnahmen der Firma Kraag erinnern.

Gegen die Freilassung frischen Fleisches haben, wie bereits erwähnt, die Bürgermeister im Herrenhause eine Interpellation eingebracht. Diese bezieht sich gegen die Bestimmung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Fleischschau-gesetz, daß frisches Fleisch, das einer amtlichen Untersuchung durch approbierte Tierärzte unterlegen hat, einer abermaligen amtlichen Untersuchung auch in Gemeinden mit Schlachthauszwang nur zu dem Zwecke unterworfen werden kann, um festzustellen, ob das Fleisch insofern verdorben ist oder eine gesundheits-schädliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat. Gegen diese Bestimmung werden besonders hygienische Bedenken geltend gemacht. Die Städte mit Schlachthauseinrichtungen fordern, daß das frische Fleisch bei der Einföhrung in die städtischen Schlachthäuser in der bisherigen Weise untersucht wird. Die Regierung sucht es so darzustellen, als ob für das Vorgehen der Städte mit Schlachthauseinrichtungen finanzielle Interessen maßgebend seien. Das preussische Ausführungsgesetz zum Fleischschau-gesetz bestimmt allerdings, daß für die nochmalige Untersuchung frischen Fleisches zur Feststellung, ob es verdorben ist oder sonst eine gesundheits-schädliche Veränderung erlitten hat, Gebühren nicht erhoben werden dürfen. Bei der Beratung von Petitionen auf Aufhebung dieser Bestimmung erklärte am Freitag in der Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses ein Regierungsvertreter:

„Die Regierung habe eine Enquete veranstaltet über die Wirkungen, welche die Aufhebung dieser Schlachthofgebühren für schon untersuchtes Fleisch auf die finanzielle Lage der Kommunen haben könnten, und es sei eine Denkschrift bereits darüber ausgearbeitet worden. Diese Denkschrift stehe auf dem Standpunkte, daß den Kommunen kein irgendwie nennenswerter finanzieller Schaden durch die Gebührenfreiheit erwachsen könne. Die sämtlichen Gebühren der städtischen Schlachthäuser betragen 1 080 000 Mark und ein Drittel der Summe entfalle allein auf Berlin. Er wolle der bekannten im Herrenhause gestellten Interpellation durch den Landwirtschaftsminister keineswegs vorgreifen, aber er könne schon heute sagen, daß die Regierung dem in der Interpellation der Bürgermeister an ausgesprochenen Wünsche nicht willfahren werde.“

In dieser Antwort der Regierung wird ausschließlich der finanzielle Gesichtspunkt der Angelegenheit berücksichtigt.

Der ist aber gar nicht entscheidend. Die Städte wollen vor allem gesundes Fleisch haben und fordern deshalb die zweite Untersuchung.

Die Polizei und der Drehorgelspieler. Eine hiesige Polizeiverordnung ordnet an, daß Drehorgelspieler nur auf den Höfen musizieren dürfen, wenn sie jedesmal die Erlaubnis des Hauswirts eingeholt haben, sie müssen auch auf Befragen dem Schutzmänn nachweisen können, daß sie die Erlaubnis erhalten. Nun hatte der fast 70 Jahre alte Drehorgelspieler Wüstefeld hier von einem Hausbesitzer ein für allemal die Erlaubnis erhalten, auf seinem Hofe zu spielen, um dem Greis das Treppensteigen zu ersparen. Dies erschien dem revidierenden Schutzmänn nicht ausreichend, er schrieb Wüstefeld auf, was zur Folge hatte, daß dieser ein Strafmandat erhielt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 18. April wurde erwiesen, daß Wüstefeld tatsächlich die Erlaubnis des Hauswirts ein für allemal hatte, weshalb das Gericht auf Freisprechung erkannte. Ueber die vom Anwalt angeregte Frage, daß der § 42 der Polizeiverordnung nicht zu Recht bestehe, da er sich Eingriffe in die Rechte der Hausbesitzer herausnehme, die der Polizei nicht zuständen, wurde nicht entschieden, da schon aus dem oben erwähnten Grunde die Freisprechung geboten war.

Ein Verkehrshörner entstand heute vormittag 10 Uhr an der Ecke Breitenweg und Ulrichstraße, wo die Pferde vor einem mit Judenläden beladenen Wagen der Firma Fiehring-Wudau auf dem glatten Asphalt zu Falle kamen. Bevor die Tiere wieder auf die Beine gebracht werden konnten, hatten sich eine ganze Anzahl Fußwerts angesammelt.

Der „Dungerkünstler“ Pappus ist samt seiner Begleiterin von Braunschweig nach Magdeburg abgedampft. Die von ihm an der Nase geführten Leute riesen ihm auf dem Wege nach dem Bahnhofe allerlei Lebenswährigkeiten nach. Polizei mußte zum Schutze des Paars aufgeben werden. So geschäftig wird der Mann wohl sein, den Versuch, seine Produktionen fortzusetzen, in Magdeburg nicht zu unternehmen.

Gerichts-Beitung.

Landgericht Magdeburg. Sitzung vom 19. April 1904. Diebstahl und Hehlerei. Der Kutscher Carl Kruschel hier, geboren 1881, stahl im Februar und März d. J. in sechs Fällen, zum Teil mittels Einsteigens und Einbruchs, seiner Wirtin, seinem Arbeitgeber und andern Personen Kleidungsstücke usw., Goldsachen und Bargeld. Die gestohlenen Sachen nahm seine Braut, die ledige Luise Schwerdtfeger hier, geboren 1886, an sich, verheimlichte sie und war beim Versehen behilflich. Die Kammer verurteilte Kruschel zu 1 Jahr 6 Monaten, die Schwerdtfeger zu 1 Monat Gefängnis.

Kleine Chronik.

Ein rabiatier Hauswirt. Händler Won in Duisburg geriet mit seinem Mieter Lenzen in Streit. Lenzen drang mit einer spitzen Feile auf ihn ein, worauf Won mit einer Art dem Lenzen den Schädel einschlug. Won stellte sich selbst der Polizei.

Wieder einmal: Vergiftete Bohnen. Infolge des Genusses vergifteter Bohnen fand am Sonntagabend der Lehrer Schirmer in Reichen bei Lützen. Es handelte sich um eingemachte Bohnen, vor deren Genuss die Wirtin warnte, da sie einen schlechten Geruch verbreiteten, einbringlich warnte. Trotzdem aß Schirmer davon.

Ein Wahnsinniger. Der in der Notenkreuzgasse in Frankfurt a. M. wohnende Hausierer Bender hat anscheinend in einem Unfall von Geistesführung zwei seiner Kinder getötet, ein drittes Kind und seine Frau schwer verletzt.

20 Menschen verschüttet. Eine ungeheure Latrine ging am Dienstag vom Bettlhorn nieder und verschüttete von dem Bergdorf Grogels im Kantons Wallis, einem Ort mit 500 Einwohnern, 12 Kilometer oberhalb Brig, fünf Häuser. Unter den Trümmern liegen 20 Personen. Bis Dienstagabend 8 Uhr wurden bereits 12 Tote aufgefunden und geborgen: sieben Kinder, drei Frauen, zwei Männer. Die Leichen sind in der Kirche von Grogels aufgebahrt. Es sind Mitglieder der Familie Amorb, Wieder und Rauber. Die Bergungsarbeiten dauern fort.

Letzte Nachrichten.

Ein Eisenbahn-Ausstand. * Budapest, 19. April. Die Eisenbahn-Angestellten der Staatsbahnen haben ihre Forderungen erfüllt und sind heute Abend in den Ausstand getreten. Fünf aus Wien fällige Züge sind nicht eingetroffen. Seit Abend ist kein Eisenbahnzug aus Budapest ausgefahren. In den Betriebsleitungen herrscht angesichts des ganz unerwarteten Schrittes die größte Verwirrung.

Bd. Budapest, 20. April. Auf dem hiesigen Westbahnhof ist ein Streik ausgebrochen. Da die fälligen Züge auf offener Strecke zurückblieben und nicht anlangen, auf dem Bahnhofe große Unruhe. Zur Abfahrt fällige Züge wurden nicht abgelassen. Auf dem Ostbahnhof verkehren die Züge noch regelmäßig. Von Szegedin und andern Orten wird berichtet, daß die Eisenbahnbeamten beschloffen haben, gleichfalls in den Ausstand zu treten. In den Betriebsleitungen herrscht angesichts des unerwarteten Schrittes die größte Verwirrung.

Bd. Budapest, 20. April. Der abends ausgebrochene Streik der Eisenbahnbediensteten hat große Dimensionen angenommen. Der Eisenbahnverkehr in ganz Ungarn ruht. Falls die Streikenden nicht eintreten, beschließt die Regierung, den Bahndienst durch die Soldaten der Eisenbahn- und Telegraphenbatalione versehen zu lassen und die Reservisten der betreffenden Regimenter sofort einzuberufen.

Bd. Pforzheim, 20. April. Wie die bairische Presse meldet, hat sich der Bijouterie-fabrikant Schell mit seiner Frau, mißlicher Vermögensverhältnisse halber, vergiftet.

Bd. Paris, 20. April. Aus Petersburg wird gemeldet: Der chinesische General Ma erklärte, es sei ihm beinahe unmöglich, seine Truppen vor einem Angriff auf die Russen zurückzuhalten.

Bd. Paris, 20. April. Der Seinepräfekt empfing eine Deputation von Kellnern, die in der Angelegenheit der Stellungsvermittlungsbureau bei ihm vorstellig wurden. Die Deputation drohte, sich den streikenden Arbeitern anschließen zu wollen, da der Präfekt ihnen keine befriedigende Antwort gab.

Bd. Brüssel, 20. April. In Saint-Pierre ist eine Anzahl Personen an Wurstgisterkrankheit. Mehrere davon schweben in Lebensgefahr.

3 Grosse Reste-Tage

Aus allen Lägern Räumung in großer Masse angesammelter Reste u. Coupons

Einfarbige Kleiderstoffe, gemusterte Kleiderstoffe, schwarze und weisse Kleiderstoffe, Waschstoffe, Seidenstoffe, Hauskleiderstoffe, Blusenstoffe, Baumwollwaren, Schürzenstoffe, Kleiderbarchent, Pikeebarchent, Bezugstoffe, Inlette, Hemdentuche, Leinen, Gardinen, Rouleaustoffe etc.

zu spottbilligen Räumungs-Preisen

Ferner:	Fabrik-Coupons: 1 Posten baumwollene Kleiderstoffe	Meter im Rest	25 Pf.	statt 35
	Fabrik-Coupons: 1 Posten prima Blaudruck schöne Muster, 2 bis 9 Meter lang	Meter im Rest	25 Pf.	statt 50
	Fabrik-Coupons: 1 Posten prima Kleider-Rips und Brokat 2 bis 9 Meter lang	Meter im Rest	47 Pf.	statt 65
	Fabrik-Coupons: 1 Posten prima Schürzensatin	Meter im Rest	30 Pf.	statt 60
	Fabrik-Coupons: 1 Posten prima Satin „Augusta Indigo“	Meter im Rest	45 Pf.	statt 70

**Donnerstag
Freitag
Sonnabend**

**Sämtliche Reste
überflüssig
auf Tischen ausgelegt**

Steigerwald & Kaiser

H. Lublin

Sommer-Strickgarne



Diamantschwarz Germania-Doppelgarn

Größte Haltbarkeit!

Garantiert waschecht!

	Nr. 20	24	30	50	
Zollpfund	1.75	1.90	2.00	2.50	MR.
Lage = 50 Gramm	18	19	20	25	PF.

Auch in allen gangbaren Farben vorrätig.



Max Hauschild Estremadura, Diamantschwarz

	in den Stärken No. 3	4
Zollpfund	2.28	2.37 MR.
Lage = 50 Gramm	23	24 PF.

Diamantschwarz Strickgarn No. 12, 4fach, garantiert waschecht Zollpfund **1.15** Mk., Lage = 50 Gramm **12** Pf.

Diamantschwarz Negergarn

Nr. 12, 4fach Zollpfund **1.40** MR. Lage = 50 Gramm **14** Pf.

Diamantschwarz Negergarn

Nr. 20, 6fach Zollpfund **1.50** MR. Lage = 50 Gramm **15** Pf.

Pa. Imitation, Sommer-Vigogne in meliert, alle Farben Zollpfund **90** Pf. **12** Pf.

Echte Deutsche Vigogne (Wagner & Söhne) Weissfütz

Meliert alle Farben	Nr. 12 Zollpfund	1.80 MR.	1/5 Pfund	36 Pf.
Weiss	Nr. 12 Zollpfund	1.90 MR.	1/5 Pfund	38 Pf.
Diamantschwarz	Nr. 12 Zollpfund	2.00 MR.	1/5 Pfund	40 Pf.
Blauffütz, Diamantschwarz	Nr. 12 Zollpfund	3.70 MR.		



Echte Deutsche Vigogne (Wagner & Söhne) Gelbfütz

Weiß	Nr.	8	10	12	14	16
Zollpfund		2.50	2.60	2.65	2.70	2.80 MR.
1/5 Pfund		50	52	53	54	56 Pf.
Meliert alle Farben	Nr. 12 Zollpfund	3.00 MR.	1/5 Pfund	60 Pf.		
Gelbfütz, Diamantschwarz	Nr. 12 Zollpfund	3.15 MR.				

Garantiert waschecht

CONSUN-WOLLE

nicht einlaufend!

Unübertroffen haltbarstes Strickgarn.

Gesetzlich geschützt + Nr. 18244

Diamantschwarze Schweisswolle

Garantiert waschecht!

Nicht einlaufend!

Zollpfund **2.50** MR., 1/5 Pfund **50** Pf.

20 engl. Regulär, beste echt englische Schweisswolle

garantiert waschecht in schwarz und meliert Zollpfund **3.25** MR., 1/5 Pfund **65** Pf.



Seidenwolle

licht-, luft-, und waschechte Farben!

Beste Schweisswolle! Garantiert nicht einlaufend!

Schwarz u. meliert, Zollpfund **4.00** MR., 1/5 Pfund **80** Pf.



Deutsche Schafwolle, Extra Pa.

gewaschen, in grau meliert und naturell Zollpfund **2.20** MR.

Häkelgarn in Lagen, gebleicht (Sächs. Webfaden-Fabrik)

Nr.	14	16	20	24	30	40	50	60	70
Zollpfund	1.35	1.40	1.50	1.60	1.75	2.00	2.35	2.95	3.15 MR.
Lage = 50 Gr.	14	14	15	16	18	20	24	30	32 Pf.

Häkelgarn in Lagen, gebleicht (Max Hauschild)

Nr.	12	14/16	20	24	30	40	50	60	70
Zollpfund	2.15	2.20	2.30	2.45	2.60	2.85	3.15	3.00	4.15 MR.
Lage = 50 Gr.	22	22	23	25	26	29	32	36	49 Pf.

Sämtliche Strickarbeiten werden innerhalb 24 Stunden ausgeführt!

Für Neustricken und Anstricken wird nur das veranschlagte Strickmaß berechnet. — Die Wahl der Garne bleibt den verehrten Kunden überlassen.